





den Verboten der Steuerpflichtigen, sich von der Steuerpflicht zu drücken, neue Hinterbüchsen geöffnet werden!  
Die Böcher, die damit aufs neue in den Plan des Reichsfinanzministers geschlagen werden, geben die Herren mit neuen indirekten Steuern zu stopfen. Der Reichsfinanzminister hatte zu Beginn der Sitzung angekündigt, daß binnen kurzem neue große indirekte Steuern den Reichstag beschäftigen werden. Die Freunde dieser Steuern werden dabei die Entente vor ihren Karren spannen. Ihnen muß gesagt werden, daß an die Opferwilligkeit der notleidenden breiten Massen nicht appelliert werden darf, wenn die besitzenden Klassen nicht ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Die Arbeiter, Angehörigen und Beamten werden sich aber die Arbeit des Steueraussschusses etwas genauer ansehen müssen, sie werden sich dann hüten, am 20. Februar den Rechtsparteien oder überhaupt einer bürgerlichen Partei ins Garn zu laufen.

### Sächsische Amnestiedebatte.

Dresden, 10. Januar. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Der sächsische Landtag befaßt sich heute mit zwei Anträgen, die eine Amnestie forderten. Einer rührte von den Unabhängigen her, ein anderer von den Kommunisten. Ergreifer forderte Amnestie für alle Strafen, die am Tage des Straferlasses bis auf weniger als ein Jahr abgehört sind, außerdem Amnestie für alle politischen Vergehen. Bei der Begründung forderte der Kommunist Sandorf auch völlige Amnestie für Hörs. Wegen dieser Forderung wandten sich der sozialdemokratische Redner und nach ihm alle anderen Parteien. Im übrigen berieten die sozialistischen Parteien den Standpunkt, daß die Frage eines Amnestieerlasses in einem Ausschuss geprüft werden müsse. Das befürwortete auch Justizminister Dr. Garnisch, der aber auch hervorhob, daß allzu häufige Amnestien demoralisierend wirken müssen. Die bürgerlichen Redner lehnten eine allgemeine Amnestie glatt ab. Ein demokratischer Redner empfahl den Kommunisten unter großer Heiterkeit, für das Strafgesetzbuch einen besonderen Paragraphen zu fordern, der besagt: Dieses Gesetz findet auf Kommunisten keine Anwendung. Nachdem ein Kommunist nochmals völligen Straferlass für Hörs gefordert hatte, wurden die Anträge gegen die Stimmen aller Bürgerlichen einem Ausschuss überwiesen.

### Preußenregierung und Mittelstand.

Die kleine Anfrage der Abgeordneten Niser und Genossen in der Landesversammlung wird, wie die P.P.R. hören, von den Ministern der öffentlichen Arbeiten, der Finanzen für Handel und Gewerbe wie folgt beantwortet werden:  
Die Staatsregierung läßt sich die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand nach wie vor in zielbewusster Weise angelegen sein. Im Sinne des vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Erlasses vom 15. März 1910 ist deshalb den Behörden der Staatsbauverwaltung auch neuerdings die Unterstützung des durch den Krieg geschädigten Mittelstandes durch Vergabe staatlicher Aufträge wiederholt zur Pflicht gemacht worden. Neben Einzelunternehmern sollen auch Vereinigungen selbständiger Handwerksmeister vornehmlich berücksichtigt werden. Die Behörden sind u. a. darauf hingewiesen worden, daß gerade bei handwerksmäßigen Arbeiten die Verbindungsförderung der freihändigen Vergabe besonders geeignet ist, weil sie eine Berücksichtigung der für die einzelnen Handwerker bestehenden besonderen Verhältnisse (z. B. Ortsansässigkeit, Kriegsteilnahme usw.) in weitestem Maße ermöglicht. Eine Bevorzugung von Großunternehmern und einzelnen Gewerbetreibenden soll unbedingt vermieden werden.  
Künftig ist den Behörden der staatlichen Hoch- und Wasserbauverwaltung eine Zusammenstellung der gesamten vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten in mittelständischen Ver-

bindungsfragen und deren Behandlung ergriffenen Anordnungen zugegangen und ihnen dabei erneut empfohlen worden, in den jeweiligen schwereren Zeiten der Pflege des Mittelstandes bei der Vergabe von Aufträgen ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Diese Vorschriften haben sich bisher bewährt. Klagen über Vergabe von Bauarbeiten sind bei den beteiligten Ministerien seit längerer Zeit nicht vorgebracht worden. Die allgemeine Behauptung, daß die ministeriellen Vorschriften von den nachgeordneten Instanzen nicht sachgemäß durchgeführt würden, kann deshalb nicht als zutreffend anerkannt werden.

### Vorläufig — keine Getreidepreiserhöhung.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit:  
Wie bereits wiederholt von zuständiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgehoben worden ist, entbehren die trotz aller Dementis nicht verstummen Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage. Richtig ist nur, daß zur Zeit Besprechungen der sogenannten Jagerkommission zur Feststellung der Indizes über die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die als Material für eine Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, stattfinden. Diese Besprechungen beziehen sich aber lediglich auf das Getreide der kommenden Ernte. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen.

### Stinnes in Pommern.

Kürzlich ging durch die Presse eine Nachricht, wonach Stinnes beabsichtigte, die rings um Jingsit gelegenen Staatswäldungen zur Entnahme von Grubenholz zu erwerben. Die ganze Einwohnerschaft von Jingsit einschließlich der Gemeindebehörden veranfaßte dagegen eine Protestkundgebung. Der einstimmige Einspruch der Bürgerschaft erfolgte trotz der Beschuldigungsvorwürfe eines Stinnesvertreters u. a. deshalb, weil der Verkauf der Wäldungen an Private Jingsit und Hinterland größtes Sturmflutkatastrophen preisgibt und das Landschaftsbild des Ostseebades Jingsit verschlechtert, wodurch die Bewohner dem Ruin entgegengeführt werden. Die Kundgebung wurde in den Berichten der bürgerlichen Presse mit der Ueberschrift „Verrat an Pommern“ lebhaft erörtert.

Bald darauf meldete sich eine „kundige Seite“ in der „Deutschen Tageszeitung“ mit einer Ermahnung, nach der die einmütige Empörung der Bewohner des Ostseebades und der angrenzenden Bevölkerung letzten Endes auf kommunistischen Wählerereien radikaler Elemente der Insel beruhe. Zu dieser ungläubigen Leistung des Stinnesvertreters bemerkt unser Parteiorgan „Der Vorpommer“:

Die Bewohner der Insel werden staunen, daß sie in der Rotz des Stinnes-Plattes mit einem Male als Kommunisten verschrien werden. Aber das ist ja die Methode der Stinnes und anderer, alles das, was ihnen nicht in den Weg paßt, als kommunistische Wählerereien zu bezeichnen, um damit bei den maßgebenden Stellen Eindruck zu machen. Man sieht also, daß Stinnes mit seinen Zeitungen auch glänzend versteht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu fälschen, in seinem Interesse. Man wird in Berlin von der Insel die Auffassung haben, daß sie kommunistisch und bolschewistisch durchseucht sei, dabei hat man vielleicht auf der ganzen Insel kaum ein Duzend Kommunisten. Es könnten ihrer höchstens mehr gemordet sein, wenn sie der Vertreter Stinnes, der zur Fühlungnahme über den Kauf anwesend war, selbst mitgebracht hätte.

Die verlogene Art, mit der der strupalose Kapitalismus den berechtigten Interessen einer — o hoch! — sogar aus Deutschland aus dem Ausland zusammengeführten Gemeindebevölkerung entgegentritt, macht es allerdings wahrscheinlich, daß mit dem Erwerb der Wäldungen auch noch andere Absichten verbunden sind als diejenigen, die der Vertreter Stinnes angibt.

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Vizepräsident des Reichstages einigte sich über die Geschäftsverteilung dahin, daß Mittwoch die Bayern-Interpellation betr. Vereins- und Verfallmängel, am Donnerstag die Russen-Interpellation zur Verhandlung gestellt und dann in die Beratung des Etats eingetretet werden soll. In der nächsten Woche soll dann die Beratung der Interpellation betreffend die Lage in Oberschlesien eingeschoben werden. Mit Rücksicht auf die Wahlen zur Preussischen Landesversammlung werden die Beratungen des Reichstages vom 4. bis 22. Februar ausgesetzt.

### Siedlungsdebatte im Hauptauschuß des Reichstages.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte Mittwoch die Beratung über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fort. Die Debatte wendet sich zunächst Wohnungs- und Siedlungsfragen zu, über die Abgeordneter Hoch (Soz.) referiert. Der Hauptauschuß überweist eine Reihe von Anträgen bezüglich der Beschleunigung der Wohnungsfrage dem Wohnungsausschuß. — Abgeordneter Dr. Böhme (Dem.) wendet sich gegen die Entleerung der kleinen Braunschweiger Sandwälder unter 400 Morgen und fordert die Heranziehung der Domänen zur Siedlung. — Abg. Rißner (Z.): Der Bau von Bergarbeiterwohnungen geht zu langsam vor sich. Zur Vermehrung der Kohlenproduktion müßte der Siedlungsausschuß von 6 M. pro Lanna auf 12 M. erhöht werden. — Abg. Mumm (Dnkl.) verweist gegenüber der ungenügenden Siedlungsförderung des preussischen Landwirtschaftsministers Braun auf Friedrich den Großen. Die Ruhestellung ist ungenügend. Warum wurde die Siedlung für die Bergleute noch nicht in Angriff genommen?

### Preussischer Ministerpräsident Braun

wendet sich gegen die Vorwürfe Dr. Böhmes und verweist die Ausführungsanweisung IV zu den Siedlungsgesetzen, wonach nicht die Anliegersiedlungen, sondern die Schaffung neuer ländlicher Siedlungen der Zweck der Gesetze ist. Ich protestiere dagegen, daß die

### Siedlungsförderung zu parteipolitischen Zwecken

ausgenutzt wird. Auf den Anfragebrief des Abgeordneten Mumm werde ich noch öffentlich antworten und erwarte von der Vorkassität dieses Herrn, daß er dafür sorgt, daß meine Antwort in seiner Presse veröffentlicht wird. Man nenne mir die Beamten, die aus altkonservativer Anschauung heraus die Siedlung nicht genügend fördern, und ich werde gegen sie einschreiten. Hätte ich die unumfängliche Gewalt Friedrichs des Großen auch der Finanzverwaltung gegenüber, dann hätte ich die Siedlungen ganz anders fördern können. Die Arbeiten für die Neuordnung des Anliegersiedlungswesens sind in Vorbereitung. In der weiteren Aussprache regt Abg. Dr. Felscher (Z.) an, daß bei der traurigen Finanzlage des Reiches private Kredite für die Siedlung unter Bürgschaft des Reiches herangezogen würden. — Abg. Bauer (Soz.) bedingt die Finanznot ist Schuld an der ungenügenden Siedlung. Land ist genug vorhanden, aber es fehlt an Leuten, die genügend Kapital zur Verfügung haben, um sich Geräte und Vieh anschaffen zu können. — Angenommen wird eine Entschädigung zur Siedlung (Z.), wonach in dem Reichshaushaltsplan für 1921 ca. 300 000 M. zur Förderung gemeinnütziger Siedlerberatung eingestellt werden sollen, ferner eine Entschädigung der Sozialdemokraten, in denselben Haushalt 20 Millionen Mark einzusetzen für den Bau von Arbeiterwohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge. Zur Herstellung von Arbeiterwohnungen für Arbeiter und Beamte bewilligt der Hauptauschuß 2 Millionen 300 000 M. für denselben Zweck im außerordentlichen Haushalt 10 Millionen Mark. Zur Förderung der Bauwirtschaft und Gewährung von Reichsdarlehen und zur Freigabe von anfangener Bauten, bewilligt der Hauptauschuß 225 Millionen Mark, ferner für Siedler 2,1 Millionen Mark. Für Vorschüsse zur Errichtung von Bergmannswohnungen werden 300 Millionen Mark bewilligt. Ein Antrag Rißners (Z.), zur Förderung des Wohnungsbaus in den Bergwerksbezirken den Siedlungsausschuß auf die Kohlenpreise zu verdocken, wird mit Stimmengleichheit abgelehnt. 60 000 M. werden zur Schaffung einer Organisation des Ernährungsaustausches bewilligt. Schließlich wurden auch noch die persönlichen und sachlichen Ausgaben für den Reichsausschuß für Wohnungsfragen angenommen.

### Die Zukunft des Erdenlebens.

Von Prof. Wilhelm Förster.

Nach einer Ansprache, die der Freund jeder Menschheitsförderung im Herbst 1917 an Studenten hielt.

Schon in den lehrerlossesten Jahrzehnten, aber besonders deutlich in diesem Kriege hat es sich herausgestellt, daß die Beherrschung der ganzen Erde durch einzelne Staaten oder Gruppen von Staaten ein völlig kurzfristige Illusion ist, wie auch der ausgezeichnete englische Denker auf staatsmännischem Gebiete, Norman Angel, so deutlich dargelegt hat. England hatte die Gefahren des Freihandels schon immer deutlich in dem raschen Wachstum des deutschen Imports in Britisch-Indien kennengelernt und war schon nahe derangefahren, von seinem einstmaligen Evangelium der freien Konkurrenz überzugehen zu einem alle seine Länder und Völker umfassenden geschlossenen Handelsstaat. Daß es aber auf letzterem Wege auch für England erst recht kein Heil des Erdenlebens gibt, wird man immer deutlicher erkennen, wenn man sich die Entwicklung vor Augen hält, welche die Wissenschaft und Technik auch gerade in Deutschland während des Krieges nicht bloß auf dem Gebiete der Kriegsanforderungen, sondern auch auf produktiven Gebieten erreicht hat. Es bleibt angesichts dieses Emporwachsens der technischen Kultur und bei deren schließlicher Abhängigkeit von den Schätzen und Darbietungen aller Regionen der Erde doch nichts anderes übrig, als die organisierte gemeinsame Verwaltung der Erde auf der Grundlage der gemeinsamen Forschungs- und Gestaltungsarbeit der ganzen Erdenwelt und der möglichst vollen Ausnutzung auch der aus dem Himmelsraum zu uns einströmenden Kräfte und Stoffe.

Am den Gedanken gemeinsamer Verwaltung der Erde knüpfen sich nun aber Bewußtens- und Rätselfragen ergreifendster Art. Ist so etwas denkbar ohne den absolutesten Sozialismus und Kommunismus?

Und ist der Übergang dazu von der jetzigen Welt- und Interessentumswirtschaft, der Übergang zu Staatsbetrieben oder gar zum organisierten Kommunismus denkbar ohne die schrecklichsten Gewalttaten? Nun nicht! Das Wesentliche der ganzen Zukunftsentwicklung des Erdenlebens ist das Verschwinden jeglicher Gewalttat. Überall muß die Güte und Großmut in erster Linie zur Geltung kommen, wie es einmal Bismarck bei Expropriationsfragen ausgesprochen hat.

Aber der Militarismus! Nun, auch diese Vergangenheitseinstellung wird neue Blüte und Herrlichkeit erleben, wenn sie nicht mehr der zerstörenden Gewalttat, sondern in den Wäldern und in den Meeresküsten, ebenso wie auf den Ozeanfächern aller Zonen der Erschließung der Weltsee und der Sicherheit und Wohlfahrt des Menschenlebens zu dienen hat.

Das Meer und die Schiffsausrüstung werden in ihrer Geltung als bloße Verteidigungseinrichtung immer mehr die Konkurrenz des Eisenbahnwesens erfahren, zusammen mit den Luftschiffen und den

verbindenden Wirkungen der Telegraphie und der immer umfassenderen drahtlosen Telegraphie und Telephonie, was die nordamerikanischen Siedlungen in Sibirien auch schon ins Auge gefaßt haben. Dann wird der heroische Militarismus auch nicht mehr gezwungen sein, zu wider seinem eigenen hohen Ehrgefühl, es zu tun, daß Spionage, geheime Fonds und Rennsportlotterien mit ihren forrumperierenden Wirkungen auf sein Konto geschrieben werden.

Ich brauche nicht länger mit solcher Klangfarbe von der Zukunft der Erdenwelt zu reden. Wie viel wäre noch zu sagen auch von der Zukunft der Presse, die ebenso wie der Militarismus (Ganzes an Energie leistet und doch zur Kultur der Erdenwelt höheres und Bedeutsames beitragen könnte, sicherlich auch beitragen wird.

Wilhelm Förster, dessen menschenheitsläubiger, gütiger Geist auch aus dieser noch inmitten des Krieges gehaltenen Ansprache leuchtet, ist Dienstag abend in Bornim bei Potsdam im 89. Lebensjahre sanft entschlafen.

Er war ein deutscher Professor, der auf seinem Spezialgebiete — als Direktor der Berliner Sternwarte und als Leiter des Vorkurswesens — Tüchtiges geleistet hat. Aber er war auch deutscher Professor in jenem umfassenderen Sinne, den einst das Volk mit dieser Bezeichnung verknüpfte: Idealist von reiner Gesinnung, allzeit mutiger Bekenner und freigesinnter Demokrat. Seine wissenschaftlichen Bestrebungen verknüpfte ihn mit der Internationalisierung der Wissenschaft. Er war Präsident der internationalen Maß- und Gewichtskommission und hervorragend an der europäischen Erdmessung und der internationalen Erdmessung beteiligt — er war Mitbegründer der astronomischen Internationale. Aber weit über diesen Rahmen hinaus spannte er den Kreis seiner Tätigkeit.

Überall, wo es galt, durch freie Organisation dem Volke Kultur zu vermitteln, war er an der Spitze. Er hat die „Urania“ (1888) mit ins Leben gerufen, um der Wissenschaft eine populäre Stätte zu schaffen, ebenso die Vereinigung von Freunden der Astronomie (1891) und schließlich auch die Gesellschaft für ethische Kultur (1892), die zwar nicht die von ihm erhoffte Bedeutung für die künftige Erneuerung der Gesellschaft erlangen konnte, aber doch in praktischer Kulturarbeit mancherlei Gutes geschaffen hat. In den „Lebensfragen und Lebensbildern“ (1900—1905) und den „Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen“ hat er seine vielseitigen Bestrebungen und Erfahrungen niedergelegt. Auch als Kalenderreformer ist er hervorgetreten. Überall hat er auch gearbeitet und gekämpft, aber hat er in dem kaiserlichen Berlin immer wieder seinen Mann gestanden — strahlte als Zentralsonne sein grundgütiges Herz, nach allen Seiten Wärme und Licht spendend. Deutschland hätte viele solcher Professoren im Dienste der Allgemeinheit gebrauchen können. Aber es gab nur einen Wilhelm Förster.

„Der Festabend.“ Zu den modernen Dichtern, die nur die Herrlichkeit harter Gefühlsverle, das Suchen nach neuen höheren Menschheitswerten und nicht die Sucht nach äußeren Bühneneffekten zum Expressionismus führte, gehört Fritz Droop, dessen neues

Drama „Der Freispruch“ bei der Uraufführung im Badischen Landestheater zu Karlsruhe einen starken Erfolg erzielte. Droop sucht das Heil des Gegenwartsmenschen im Ethos und berührt dabei zwei der tiefsten menschlichen Probleme: die Tragik der letzten Einsamkeit und das heilige Wunder des Muttertums. Die seelische Einsamkeit des Menschen ist der tiefere Grund für die Ansehbarkeit aller äußeren Reichtümer, das nur eine unüberbrückbare Kluft zwischen Menschenjähung und eigenem Bewußtsein aufreißt. In diesem Konflikt geht der Held des Dramas, in dem sich stürmische Jugendkraft mit heiliger Sehnsucht nach höchsten Zielen paart, äußerlich zugrunde, als er den falschen Weg zur Freiheit einschlägt und, um sich von starken seelischen Hemmungen zu befreien, seinen unbekanntem Feindes tötet. Im dramatischen Höhepunkt berühren sich die beiden Motive, denn in dämonischer Schicksalsverkettung trifft der Sohn gerade den Mann, der einst an seiner Mutter zum Verräter geworden war. In der Gestalt der Mutter, die dem Sohn den Weg zur Selbstbefreiung und den Rückblick in höhere Sphären zeigt, hat Fritz Droop ein tiefes Symbol für sein eigenes Ziel geschaffen. Der Wille zur Verbesserung der Generationen kommt selbst in Form und Stil zum Ausdruck: in der knappen Prägung seiner Zeile ist eine Fülle herzburchdringender Lebensweisheit zusammengeschmiedet. Die Beethovenische Musik, die die dramatischen Höhepunkte weicheroll krönt, soll nicht melodramatischen Effekten dienen, sondern die letzte Steigerung seelischen Erlebens darstellen.

### Florian Geyer.

„Der deutschen Zwietracht mitten in das Herz!“

So ruft er aus, der tapf're Gener,

Und stößt sein Messer in den Kreis.

Ich seufze auf und bin erschüttert;

Die Wangen mir verbrennen schier —

Vor Jarn und Weh mein Körper zittert.

„Der deutschen Zwietracht mitten in das Herz!“

Sie ist's, die uns zerspaltet,

„Der deutschen Zwietracht mitten in das Herz!“

Sie reißt das Wehle nieder.

Die Welt, die aus den Fugen ist,

Harri Turer bang, Verreißt Euch.

Und aufwärts geht es wieder.

J. A.

Theater. Maria Kevich von der Wiener Staatsoper, wird nach in diesem Monat ein neues Schicksal im Charlottenburger Opernhaus geben. (Tosca am 29. Januar, Aida, die Naga in der „Aida“.)

Die Wälder-Rebure im Großen Schauspielhaus, die die Mitglieder des Deutschen Theaters zu wohlthätigen Zwecken veranstalten, ist auf den 12. Februar verlegt worden.

Deutsches Wandertheater für Deutschpolen. Das deutsche Theater in Lborn, Brandenburg und Polen hat in demnächst Nationaltheater umgewandelt werden. Es wird daher ein deutsches Wandertheater für Danzwarer und Polen geplant.

Das Bild des letzten polnischen Reichstages. Der polnische Staat hat aus Herrschaft dem Einverständnis des Reichstages „Der Reichstag zu Warschau im Jahre 1773“ angelehnt. Der Preis betrug 36 000 000 Kronen.



# Groß-Berlin

## Ein Ledigenheim.

Der Freireligiösen Gemeinde von Groß-Berlin ist es nach Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten geglückt, ein Werk in Angriff zu nehmen, das allseitige Anerkennung finden dürfte.

In der Pappel-Allee 13, auf dem Nebengelände des Friedhofs der Freireligiösen Gemeinde, ist das kleine schmucklose Verwaltungsgelände, das aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt, verschwunden. Fleißige Hände regen sich seit Monaten und lassen zwei auf der neuen Idee des Gemeinschaftsfinns beruhende vierstöckige Gebäude entstehen. Hinten ein Gartenhaus in Anlehnung an die vorhandene Vortragshalle der Gemeinde, das Ledigenheim, enthaltend 45 kleine Zimmer für Alleinwohnende und Ledige. Erdgeschoss und erste Etage sind mit Räumen für Speise-, Bibliothek-, Les-, Schreib- und Sitzungszimmer versehen. Im Kellergeschoss befinden sich die Badeeinrichtungen für die Bewohner. Jedes der Wohnzimmer soll Glocke und Telephon zum Dekonom des Hauses erhalten, während elektrische Speiseaufzüge nach allen Etagen den Bewohnern die Mäßigkeit geben, ihre Mahlzeiten im eigenen Heim einzunehmen. Die Zimmer werden möbliert und mit voller Verpflegung abgegeben.

Auch das vordere Gebäude, Einfachhaus, ist bereits bis zum Erdgeschoss fertig. Hier entstehen in jeder der vier oberen Etagen fünf kleine Wohnungen von zwei und drei Zimmern, jede mit Badeeinrichtung und Klosett versehen. Jede dieser Wohnungen besitzt einen separaten Korridor. Es können daher die Zimmer auch einzeln an solche abgegeben werden, die größere Räume wünschen und für ihre Wohnungen mehr ausgeben wollen. Auch hier erfolgt die volle Verpflegung durch die Gemeinschaftsküche, die ein tüchtiger Dekonom übernehmen soll. Glöde, Telephon und Speiseaufzüge vermitteln hier ebenfalls den Verkehr mit der im Erdgeschoss gelegenen Gemeinschaftsküche und Restauration. Die Wohnungen des Vorderhauses sind hauptsächlich für Familien gedacht, deren Mitglieder beruflich tätig sind.

Die warmen Mahlzeiten können je nach Wunsch mittags, nachmittags nach 5 Uhr (englische Arbeitszeit) oder abends eingenommen werden. Im Parterre des Vorderhauses und in dem Verbindungsbau zwischen diesem und dem Ledigenheim sind die Restaurationsräume, Speiseküche und die Zentralküche mit allen modernen und hygienischen Hilfsmitteln untergebracht.

Die erste Anregung und der Grundstock zu dem Werke wurde von einem selber bereits verstorbenen Gönner der Gemeinde gegeben. Ein solches Werk in der heutigen Zeit zu vollenden wurde aber nur möglich durch die tatkräftige Beihilfe des Wohnungsverbandes und erster städtischer Autoritäten des Finanz- und Bauwesens, die bis zum ausführenden Baumeister und Architekten in dankenswerter Weise ihr großes Können völlig selbstlos in den Dienst der guten Sache gestellt haben.

## Schneefall und Straßenreinigung.

### Wer ist schuld?

Der plötzliche Schneefall hatte Berlins Straßen in ein wüstes Gebirge schmutziger Schneeberge verwandelt, das so lange zusammenhielt, bis das gleichzeitig einsetzende Tauwetter die traurige Herlichkeit verflüchtigte und in den unterirdischen Kanälen verschwinden ließ. Da einige sich dabei nasse Füße holten, einige Wagen stecken blieben und der ganze Verkehr sich auf sonst sehr unangenehm bemerkbar machte, was in jedem Winter bei starkem Schneefall der Fall zu sein pflegt, so wurde wieder (hauptsächlich von der niemals fehlenden Ulsteinpresse) weidlich auf die Straßenreinigung (im Hinblick auf den bösen und unfähigen „roten“ Magistrat) geschimpft. Der Verkehrsrat der Straßenreinigung sendet uns nun auf diese Angriffe hin eine sachlich gehaltene Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Die eingekerkerten Hilfsarbeiter konnten, weil sie durch den Regen völlig durchnäht, nicht die volle Schicht aushalten. Die Skalometrie der Schneebefreiung liegt in der ungenügenden Ausnutzung der Schneepflüge, welche bisher teilweise noch mit Ponys bespannt werden. Am 17. Dezember v. J. machte der Verkehrsrat einen Versuch mit einem Kraftwagen als Vorspann. Das Ergebnis war, daß ein Schneepflug mit Kraftwagen mindestens vier vierdeckschneepflüge

erfordert. Der Verkehrsrat beantragte, mit einer genauen Einteilung, schriftlich bei der Direktion die Inbetriebsetzung der Kraftwagen zum Vorspann für die Schneepflüge und ersuchte um Beschleunigung. Wäre nach diesem Antrage verfahren, hätten die Berliner Bürger um 8 Uhr passierbare Hauptstraßen gehabt. Statt die Vorarbeiten zu erledigen, verfertigte die Direktion eine Verwarnung für den Verkehrsrat, weil dieser angeblich durch den angeordneten Versuch seine Pflichten überschritten hätte. Dieses Schreiben erhielt der Verkehrsrat am Morgen des 18. Januar d. J. zur Kenntnis. Durch das Eingreifen des Herrn Stadtrat Poeyich am 18. Januar d. J. morgens 9 Uhr auf der Direktion, gelang es dem Verkehrsrat, einen Kraftwagen zum Schneepflug zu erhalten, welcher auch sofort in Betrieb gesetzt wurde. Es war nun möglich, eine große Fläche zu reinigen, weil dieser Pflug ununterbrochen arbeiten konnte. Am Nachmittag wurden noch weitere 4 Kraftwagen in Betrieb gesetzt, welche im Verein mit dem Verkehrsrat bis 7 Uhr abends mit gutem Erfolg gearbeitet haben. In der Zukunft wird noch betont, daß diese Betriebsleiter, Herren Laurat Salla und Subdirektor Rohling, nach Ansicht des Verkehrsrats abzüglich der neuen Stadtverwaltung und der Bürgerchaft Schwierigkeiten bereiten.

## 1 Mark die Straßenbahnfahrt.

Der Magistrat beschloß gemäß dem Vorschlage der Verkehrsdeputation den Tarif der Straßenbahn auf 1,- M. zu erhöhen. Ferner sollen Unstiegefahrtscheine zum Preise von 1,50 M. zur Ausgabe gelangen, deren Gültigkeitsdauer auf zwei Stunden festgesetzt wird. Es sollen weitere Zeitkarten ausgegeben werden, und zwar:

für eine Linie	90,- M.
für zwei Linien	115,-
für drei Linien	145,-
für alle Linien	225,-
Schülerkarten	20,-
Arbeiterwochenkarten für 6 Fahrten	5,-
„ „ „ für 12 Fahrten	10,-
„ „ „ für 48 Fahrten	40,-

Für Fahrten, die auf den Linien der ehemaligen Spondauer, Köpenicker, Heiligenseer und Steglitzer Straßenbahn — demnächst auch auf denen der Lestower Kreisbahnen — zurückgelegt werden, betragen die Fahrtscheine 0,80 M. Die neuen Tarife sollen nach der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die als bald beantragt werden wird, in Kraft treten. Die Einführung von Notgeld ist mit Rücksicht auf die Tariffrage von 1,- M. bzw. 1,50 M. abgelehnt worden.

## Kommunale Bewirtschaftung der Brennstoffe.

Ausgehend von der Auffassung, daß die Sozialisierung der Kohle nur von größtem Wert für die Gesamtheit sein kann, wenn auch der spekulative Privathandel ausgeschlossen wird, tritt der Verkehrsrat der Kohlenversorgung des Magistrats Berlin für die Kommunalisierung der Brennstoffe ein. Er ist sich wohl bewußt, daß dem Magistrat momentan die nötigen Mittel fehlen, um den privaten Handel durch Ankauf zu verdrängen. Der Verkehrsrat macht jedoch den Vorschlag, daß die schon bestehenden kommunalen Holz- und Kohlenplätze ausgebaut und mit geringen Kosten neue erschlossen werden, um auf diese Weise neben dem spekulativen Privathandel ein kommunales Konkurrenzunternehmen aufzumachen. Die Kleinhandlärer, soweit sie sich zur sozialistischen Wirtschaftsform bekennen, also der Gemeinbewirtschaftung aller Werte zustimmen, müßten zur Mitarbeit herangezogen werden. Sie müßten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und ihre Geschäfte im sozialistischen Sinne weiterführen. Zu seiner Begründung bemerkt der Verkehrsrat u. a.: „Es kann nicht oft und scharf genug betont werden, daß der Gewinn aus einer Versteigerung der Allgemeinheit zuzuführen ist, und nicht, wie es im System der kapitalistischen Wirtschaftsform liegt, zur Bereicherung eines einzelnen dienen darf. Wir Berliner Bürger sind in der Mehrzahl Sozialisten. Wenn wir uns alle gegenseitig verpflichten, von kommunalen Wirtschaftsplänen unsere Brennstoffe zu beziehen, führen wir uns damit den Gewinn selbst wieder zu. So erhalten wir uns unsere ureigene Schöpfung, die sozialistische Gemeinde Berlin, lebensfähig.“

Das Berliner Kohlenwirtschaftsjahr läuft Ende März ab, d. h. die bis dahin geltenden Kohlenarten, auf die wir die rationierte Kohle bekommen, wird durch die neue Sorte abgelöst. Bei diesem Wechsel der Karten wird gleichzeitig die Kundenliste neu aufgelegt. Jeder Kohlenbezieher darf sich einen neuen Kohlenhändler suchen. Nun Genossen und sozialistisch denkende Bürger Berlins, tut Eure Pflicht und tragt Euch zu die Kundenliste des kommunalen Brennstoffhandels ein!

## Die Bank der Gemeinden.

Im Hause des früheren Kronenkafees, in der Kronenstraße, in unmittelbarer Nähe der bewegten Friedrichstraße, wohnt zwischen Büstern in Bronze, Pfeiferspiegeln und einer noch ganz kaffeehausmäßigen Ausstattung eine Bank, die sich im Konzern der übrigen Kapitalstädten dieser Art zu wirken, um den Giroverband der Kommunalverbände der Provinz Brandenburg. Der Verband hat sich trotz der Kriegszeit gut entwickelt; aber seine gemeinnützigen Einrichtungen, die in erster Reihe den bargeldlosen Verkehr durch Ueberweisungen fördern, aber auch Privatpersonen zur Verfügung stehen, sind der Bevölkerung noch nicht in ihrer Bedeutung bekannt. Um hierüber Aufklärung zu verbreiten, hatten der Vorstand und die Direktion des Brandenburgischen Giroverbandes gestern die Presse zu einer Besichtigung in ihr Geschäftshaus eingeladen. Der Verbandsvorsitzer, der frühere Schöneberger Bürgermeister Machowicz, wies darauf hin, daß die Giroverbände das sind, was die Reichsbank für das Reich und die Seehandlung für den preussischen Staat seien: eine Vereinigung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Ihre Banken, die Girozentralen, die gleich den Staatsbanken und Sparkassen mit dem Recht der Münzhoheit ausgestattet sind, beruhen auf dem Grundgedanken, daß jeder verfügbare Pfennig der kommunalen Kassen und Sparkassen in die Kasse der zuständigen Girozentrale fließt, und daß das so gesammelte Geld wieder in den Dienst der Gemeinverbände gestellt wird. Als Vertreter der Direktion gab Stadtrat a. D. Hirschfeld einen Ueberblick über die Entwicklung des Giroverbandes. Im ersten Jahre seines Bestehens 1915 betrug der Umsatz 90 Millionen, 1920 aber schon 32 Milliarden! Der Verkehr der wichtigsten, der Giroabteilung, stieg in derselben Zeit von 2,1 Millionen auf rund 2 Milliarden, die Zahl der Posten von 1286 auf 220 871. Der Betrag der hereingekommenen kurzfristigen Gelder wuchs von 4,7 Millionen auf 652 Millionen, der Betrag der Depots von 259 000 M. auf 730 Millionen. Das Personal vermehrte sich von 5 auf 360 Köpfe, die Zahl der angeschlossenen Verbände von 23 auf 159. Nach der neuen Schätzung von 1919 ist dem Giroverband eine größere Beweglichkeit gestattet; er kann alle Geld- und Börsengeschäfte abschließen. Jeder Inhaber eines Sparkassenkontos kann sich zu allen Ueberweisungen der Giroabteilung bedienen.

„Kauttionen“ werden nicht nur kleinen Gastunden abverlangt, sobald sie mal mit der Zahlung des Gasgeldes im Rückstand geblieben sind. Ein Arzt, der vermutlich einen stärkeren Gasverbrauch hat, meldet uns, daß auch ihm die Verwaltung der städtischen Gaswerke plötzlich mit einer Kautionsforderung überfallen sei. Er glaubte, in sechzehn Jahren die Gasrechnungen stets pünktlich bezahlt zu haben, aber auf seine Frage nach dem Grund der Kautionsforderung antwortete die Direktion mit der Behauptung, er habe doch öfters nicht pünktlich gezahlt. Es wird für die Inhaber von Wohnungen mit einem oder zwei Zimmern ein schlechter Trost sein, zu hören, daß gelegentlich auch andere Leute, die sonst als treuherziger gelten, mit solchen Mahnungen drangsalariert werden. Der Arzt wirft die Frage auf, ob nicht nächstens eine Kautionsforderung für die zu zahlenden — Steuern gefordert werden wird, damit bei nicht rechtzeitiger Zahlung die Steuerkasse sich Deckung schaffen kann. Reim, das braucht nicht erst zu kommen — für Arbeiter, Angestellte und Beamte ist ja schon der vorweggenommene Steuerabzug eingeführt, der auch so eine Art „Kautions“ sein soll.

Berlin und die Binnenschifffahrt. Stadtrat Schöning, der Dezernent für das städtische Hofenwesen, wird am 21. Januar, abends 7 Uhr in einer vom Verbands der Privatshiffer veranstalteten öffentlichen Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße, über das Problem „Berlin und die Binnenschifffahrt“ sprechen.

Uebernahme der Lestower Kreisbahn. Der Berliner Magistrat hat die Uebernahme der Lestower Kreisbahn und ihre Verschmelzung mit der Straßenbahn beschlossen.

Zum Direktor des Berliner Pfandbriefamtes wurde an Stelle des Geheimen Regierungsrats Dr. Rinden, der am 1. April nach mehr als fünfunddreißigjährigem Wirken beim Berliner Pfandbriefamt in den Ruhestand tritt, der Magistratsrat Dr. Walter Brauer in der gestrigen Sitzung des Magistrats gewählt.

Die Insel Java und die Auswanderungsfrage. Ueber dieses Thema spricht am 27. Januar, abends 8 Uhr, Dr. von Haber, Direktor der botanischen Staatssammlungen auf Java, im Oberlichtsaal der Philharmonie, Vorlesung von Vorträgen.

Heder Argentinien und die Auswanderungsfrage spricht Rostor Badid aus Argentinien am 3. Februar, 8 Uhr abends, in den Hohenzollernsälen, Roabit, Dannebergstr. 25.

# Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

16] „Ins Kirchdorf.“  
Der Bruder kam hinter ihm her, holte ihn auf dem Weg zum Strande ein.  
„Gehst du wegen dieser Sache ins Kirchdorf?“  
„Es bleibt mir ja nichts anderes, wie die Dinge stehen.“  
„Rein, gewiß nicht. Hast wohl gedacht, von uns wäre jemand mitgegangen.“  
„Habe ich darum gebeten?“  
„Rein doch.“  
„Was sprichst du dann davon?“  
„Es wäre ja zu helfen gewesen — deshalb bist du ja wohl doch gekommen. Aber du wirst selbst verstehen, daß es nichts nützt, wenn nur die Männer eines Geschüftes mitgehen.“  
„Wenn es nichts nützt, dann nützt es nichts.“  
„Es sind auch eilige Sommerarbeiten, muß geschwendet werden und sonst.“  
Juha hatte nicht die Absicht gehabt, noch mehr zu sagen, konnte es aber nicht zurückhalten:  
„Man hat sich nicht um eilige Sommerarbeiten gekümmert, wenn einmal der Bär unter dem Vieh gewütet hat.“  
„Es ist nun doch ein Unterschied zwischen einer Bärenjagd und einer Jagd auf die Schmeißfliegen in Karelien.“  
„Und um eine Kuh ist es mehr schade als um einen Menschen? Mancher ist schon um Geringeres nach Karelien gegangen. Aber ich mußte ja schon, als ich kam, daß Marja hier kein Schaf wert ist, geschweige denn eine Kuh. Nur angenehmer ist es euch, daß sie einem Wolf in den Rachen gefallen ist.“  
Juha stieß sein Boot vom Lande, setzte sich an die Ruder und fuhr davon.  
Er ruderte so, daß vorn die Wellen schäumten und der Strudel des Ruders gelb aufleuchtete wie das Auge eines wütenden Dämons. Tief drückte er ein, und lang zog er aus. Er wird Marja doch retten. Der Propst wird helfen. Der Propst, der alte Mann, hat selbst eine junge Frau. Er kündigt es in der Kirche ab, läßt vielleicht sogar den Botenstab umgehen, bringt aus jedem Geschüft einen Mann auf die Beine,

um die Gefangene zu befreien. Der ist ein Mann, der ist doch ein anderer Mann als all die anderen. Ist doch ein tüchtiger Mann in der Welt! Wenn der hilft, dann bedarf es des Beistandes der anderen nicht mehr. Wenn der Alte mit dem Fuß auf den Boden stampft, dann eilen die Männer herbei wie zu einer Feuersbrunst.  
Es ging auf den Morgen zu, als Juha in einer Enge zwischen zwei großen Seeflächen dahinruderte; er zog die Ruder aus dem Wasser, ruhte aus und ließ das Boot von der Strömung treiben.  
Der Propst hat selbst eine junge Frau, nahm sie in demselben Jahre, wo ich die Marja heiratete. „kehr dich nicht daran, was die Leute sagen. Nimm nur die, die dir gefällt. Sieh nicht auf ihre Armut. Jugend ist besser als Reichtum.“ Und als er uns getraut hatte, kam er und gab uns die Hand.  
„Möget ihr glücklich werden,“ sagte er zu Marja, und „Möget ihr glücklich werden,“ sagte er zu mir und lächelte. Die anderen warnen vor einer Jungfrau: „nimm kein Kind,“ der Propst wünschte uns Glück, und der mußte es besser wissen, da er selbst eine Jungfrau genommen hatte. . . . Dort auf der Landzunge waren wir die Nacht, die erste Nacht nach der Trauung. . . wie neben ihrer Mutter schlief das Mädchen, die Hand an meinem Hals, auf den Nabelzweigen beim Holzfeuer. Wo mag sie jetzt sein? Hoffst vielleicht irgendwann, an einen Baum gebunden, weint nicht, denkt aber: „komm und hilf, Juha, komm und hilf, Juha, solange es noch Zeit ist.“  
Ich komme, ich komme! Der alte Propst wird uns helfen. Die Nacht hindurch ruderte Juha. Die Morgensonne stach ihm in die Augen, auf dem Spiegel des Wassers blinkend, als er schließlich am Ufer des Pfarrhofs anlangte. Im Hause schliefen sie noch. Er setzte sich auf die Treppe eines Speichers. Bon dem Rudern während eines Tages und zweier Nächte ermattet, verließ Juha für eine Weile in Halsbischaf. Als er sich daraus ausgerüttelt hatte, begann er auf und ab zu gehen, um nicht wieder einzuschlafen. Er kam zur Kirche, die da in der Nähe lag. Sie sah hart und unfreundlich aus, Türen und Lufen geschlossen, in den Fenstern etwas Kaltes und Gleichgültiges, wie im Blick eines Bildfremden.  
Es mochte auch hier keine Hilfe zu finden sein. Der Propst wird gewiß die Männer hier vor der Treppe der Sakristei um sich verlammen. „Dem Juha hier hat ein Wolf sein Einziges genommen, solltet ihr euch nicht mitsammen aufmachen und dem Diebe nachjagen?“ Sie sagen kein Wort,

schauen nur mit stumpfen Blicken drein. Was kümme ich sie, wo nicht einmal die eigenen Brüder. . . ? Was liegt ihnen an Marja und mir? Wieviele kennen uns? Was bin ich überhaupt hierher gekommen? Hätte doch allein gehen sollen.  
Im Pfarrhaus irrte ein Fenster, und in der Sonne blitzte eine Scheibe. Der Propst war aufgestanden, öffnete seine Tür und rief Juha herein.  
Und als der alte Mann seine Erzählung vernommen hatte, da geriet er in Eifer, seine Augen schwoollen, und er wurde über seinen ganzen kalten Scheitel rot, während er mit kleinen Schritten auf und ab ging:  
„Welche Gemeinheit! Der eine bewahrt ihn davor, daß er von Banditen ausgeraubt wird, gibt ihm Speise und Trank und macht ihm in seinem eigenen Speicher ein Lager und behandelt ihn als seinen besten Gast. . . und der spielt den Freund. . . und nimmt das Beste, was der andere hat, sein Einziges, seine junge Frau, sein Allerliebstes. . .“  
Juha wurden die Augen von Tränen schwer, und in seinem Gesicht riß es, aber zugleich hätte er vor Freude lachen können, als er den Propst so sprechen hörte.  
„Sie war mir, sie war mir lieb. Eher hätte er mein Haus leeren und in Asche legen können. . .“  
„Hätte er nicht in seiner Heimat so viele gehabt, wie er sich wünschen konnte? Da kommt er und raubt und schleppt mit Gewalt eines anderen Weib fort! Eines anderen Weib! Fangen die hinter der Grenze schon wieder an umzugehen wie früher in den Kriegsjahren? Nun kann ja niemand mehr sicher sein, daß sie ihn mit sich nehmen — beim Beerensuchen oder auf der Weide. . . muß doch auch unseren Weibsteuten ein für allemal verbieten, mit den Kindern in die Beeren oder auf den See zu gehen.“  
Der Propst schritt, in dieser Weise anklagend, auf und ab und wurde immer aufgeregter. Gleich sagt er es, gleich verspricht er seinen Beistand, da er schon für seine eigene Frau fürchtet. Gleich sagt er es, da brauche ich gar nicht zu bitten. Aber der Propst fuhr nur fort:  
„Ja, das ist nun eine traurige Geschichte, armer Juha.“  
Der Propst dachte nach, sah Juha an. . . . Jetzt sagt er es! Aber der Propst sagte:  
„Wenn er sie aber freigelassen hat, nachdem er —“  
„Nachdem er was?“ bebt Juha zusammen.  
(Fortf. folgt.)







# Wirtschaft

## Das Kalihyndikat braucht keinen Abzug!

Das deutsche Kalihyndikat hat einen Antrag an den Reichskalkrat auf Erhöhung der Kalipreise um 50 bis 65 Proz. gestellt. Es begründet diese beabsichtigte Forderung mit einer Reihe höchst ansehnlicher Zahlen, von denen wir nur einige mitteilen wollen. So behauptet man, die Inlandpreise hätten im Jahre 1920 nur 60 Proz. der Betriebskosten gedeckt, die Selbstkosten seien noch viel höher gewesen. Die dadurch entstandenen Verluste seien zu 85 Proz. aus den Auslandserlösen gedeckt worden; diese fallen in Zukunft weg, da der Auslandsabzug infolge der Weltwirtschaftskrise stökt. Also: das Kalihyndikat hat mit Ver-  
Luft geordnet!

Dieser Rechnung stellen wir die interessante Tatsache gegen-  
über, daß die Kuxe von 80 Kaliunternehmungen in dem angeblich  
verlustreichen Jahr 1920 im Werte auf annähernd das Drei-  
fache gestiegen sind. Sie stiegen im Kurse von 1043 auf 2887  
Millionen Mark — eine bei Verlustwirtschaft recht eigenartige Sache,  
die den Wert der Kuxenganslei des Kalihyndikats groß beleuchtet!

Welche Wirkungen die bisherige Preispolitik des  
Kalihyndikats gehabt hat, dafür gibt es selbst treffende Beispiele:  
Auf 46 Werken mußten wöchentlich 1—2 Feierschichten  
eingelegt werden. Die Lagerbestände haben eine große  
Ausdehnung angenommen.

Das deutsche Volk kann die schlechte Ernte des Vor-  
jahres, die die Regierung zwingt, für unzählige Milliarden  
Getreide und Lebensmittel einzuführen, nicht noch einmal er-  
tragen. Schuld an diesem Enteregebnis ist zweifellos die  
manacade Vollendung und der sich mehr und mehr voll-  
ziehende Uebergang von der intensiven zur exten-  
siven Wirtschaft.

Also: weil In- und Ausland wegen der hohen Preise kein Kali  
mehr kaufen können, weil die Landwirtschaft dabei auf den Hund  
kommt, weil die Werke bei der Abzugsschöpfung infolge der hohen  
Preise stillgelegt werden müssen — darum  
nicht etwa Preisabschläge, um den Abzug zu beleben, sondern  
Preiserhöhungen!

Wenn die Arbeitnehmer im Reichskalkrat wollen, daß die Be-  
triebe ganz stillgelegt werden, können sie nichts Besseres tun,  
als dem Antrag zustimmen. Und wenn die Landwirte wollen, daß

Kali überhaupt zum Luxusartikel wird, brauchen sie nur ebenso zu  
verfahren. Bedeutet doch eine Preiserhöhung bei der gegenwärtigen  
Marktlage nichts anderes als den Verzicht auf den Absatz.  
Und es ist bezeichnend genug, daß ein Unternehmertum, das oft  
genug Anspruch auf Autorität erhebt, es überhaupt magt, mit der-  
artigen Vorschlägen an eine verantwortliche Körperschaft heranzu-  
treten.

Die Mark fällt wieder. Die Preise für auswärtige Zahlungs-  
mittel an der Berliner Börse haben sich wieder erhöht. Man zahlte  
gestern für 1 Dollar 64,43 gegen vorgestern 62,18 M., 100 holländische  
Gulden kosteten 2111,85 gegen 2037,95 M.

Frankreichs Kohlenlage im englischen Lichte. Der Londoner  
„Economist“ bringt einen Bericht seines Pariser Korrespondenten,  
wonach dieser betont, daß augenblicklich in Frankreich ein Ueber-  
schuß von Kohle vorhanden ist und die Einfuhr fremder Kohle  
tatsächlich ausgehört hat. Der Kohlenvorrat Frankreichs wird of-  
fiziell zwischen 12 und 20 Millionen Tonnen Kohle geschätzt; der der  
Stadt Paris allein beträgt mehr als eine halbe Million Tonnen.  
Zu einem großen Teil ist der Kohlenüberschuß natürlich darauf zu-  
rückzuführen, daß in Frankreich die industrielle Beschäftigung stark  
nachgelassen hat, eine Folge der übermäßigen Warenpreise. Hoch-  
öfen und Fabriken mußten stillgelegt werden, Arbeiter wurden be-  
schäftigungslos, ausländische Kohle, die sich in den Häfen angesam-  
melt hatte, mußte weit unter ihrem Preis verkauft werden. Be-  
anthe der Kohlenbergwerke rechnen mit der Möglichkeit, daß die  
Arbeitsstunden der Verleute herabgesetzt werden  
müssen. Der Bericht spricht selbst davon, daß Frankreich einer zeit-  
weisen Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferung zustimmen  
könnte. — Es bestätigt sich also, daß augenblicklich in Frankreich  
ein Kohlenüberschuß herrscht, eine Tatsache, die die neuen Forde-  
rungen des Wäbergutmachungsausschusses als geradezu widersinnig  
erscheinen läßt.

Die Abfahrtsliste in England zieht in der Produktion und am Ar-  
beitsmarkt schwere Folgen nach sich. So ist nach einer Reutermeldung  
mehreren tausend Arbeitern in den Stahlwerken von Wales mit  
einer Frist von 20 Tagen gekündigt worden, und zwar wegen  
Mangels an Aufträgen. Den Belegschaften verschiedener Zechen  
an der Nord-Ost-Küste ist gleichfalls gekündigt worden. Auf den  
Schiffswerften beträgt die Zahl der Arbeitslosen jetzt 100 000.  
So wird das englische Proletariat von den Wirkungen der kapitalisti-  
schen Spekulation am Kriegsende und von den Folgen des Friedens-  
vertrages betroffen.

weder von einem Lubendorf noch von irgendeinem aus Nord-  
deutschland Kommenden etwas hineinreden. Die Regierung sage  
hat sich gegen den Rapp-Putsch treu auf den Boden der  
Reichsverfassung gestellt.

Abg. Straßmann (D. Rat.): Der Belagerungszustand ist  
nichts anderes als eine sehr wohlgemeinte Vorbeugungsmahregel  
der bayerischen Regierung. Die Erfahrungen mit der Räterepublik,  
die Münchener Geiselmorde und das übrige Blutvergießen dürfen  
sich nicht wiederholen. Selbst der Münchener Gefellenmord kommt  
auf das Konto der Räterepublik. Wer weitere Blutvergießen her-  
beiführen und Meuchelmorde wie den eines Adler vorwegigen will,  
der hebe den Ausnahmezustand auf. (Bravo rechts.) Am Schluß  
erhebt sich der Redner in eine vom Haus mit Heiterkeit aufgenom-  
mene Hahrede gegen Berlin.

Reichsminister Koch: Die letzte Entscheidung über verfassungs-  
rechtliche Frage, liegt bei der Reichsregierung, die zu ihrer  
Zurückhaltung nicht verpflichtet ist. Sie führen nur den Kommu-  
nisten Wasser auf ihre Mühlen. (Zuruf Abg. Roenen: Unsere  
Mühlen werden schon klappern. Was haben Sie in Bremen getan?)  
Wenn Abg. Roenen mein Scherz einen nach Bremen nicht  
anerkennt, so darf er mein Eingreifen in Bayern nicht  
fordern. Ich wende nicht zweierlei Recht an, eine zentralistische  
Anmaßung gegenüber den Ländern lehne ich ab. Große Schwierig-  
keiten wären uns erspart, wenn das Reich in großen Fragen ein-  
heitlicher geführt wäre. Herrn Vogel sage ich, daß ein Gesetz  
über den Ausnahmezustand vorbereitet wird.

Abg. Marek (D. Sp.): Wir lehnen den unabhängigen An-  
trag ab, da der Ausnahmezustand notwendig ist, um den offen  
eingestandenem Umsturzplänen der radikalen Linken vorzubeugen.  
Die Haltung der Mehrheitssozialisten gegenüber der radikalen  
Linken ist äußerst unklar. Wenn die Rechtssozialisten selbst in Ge-  
fahr sind, wie bei der Befestigung des „Bormars“, so nehmen sie gern  
die Hilfe der geschmähten Offiziere an. Aber nachher sind sie mit  
den Radikalen wieder ein Herz und eine Seele. Jedenfalls möchte  
ich lieber Minister in Bayern als in Preußen sein. (1) Wir er-  
kennen Bayern an als vorbildlich für Ordnung, Sicherheit und  
Freiheit.

Abg. Wieland (Dem.): Wir sind mit der Regierungserklärung  
einverstanden und halten ebenfalls die Aufrechterhaltung des Be-  
lagerungszustandes für unerlässlich. Ein direktes Eingreifen  
des Reiches lehnen wir ab.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Sell wird hierauf die Be-  
ratung dieses Gegenstandes abgebrochen und eine Reihe von Peti-  
tionen ohne Aussprache erledigt. Das Haus vertagt sich auf Don-  
nerstag 1 Uhr. Nachtragsetat der Eisenbahnen, Fortsetzung von  
heute. Schluß 7 Uhr.

Inventur-

# Ausverkauf

Gebrauchs- & Luxus-Schuhwerk für Herren, Damen & Kinder

## unerhört billig

# Reisner



Am Freitag, 14. Januar,  
ist unser langjähriger  
Kollege  
**Robert Mumberg**  
sanft entschlafen. Er war  
ein lieber Mitarbeiter  
und wecken wir sein An-  
denken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet  
heute vorm. 11 Uhr im  
Reconatorium Gerlichstraße  
statt.  
Die Kollegen der Firma  
R. Freund.

Statt Karlen  
**Hugo Israelski**  
Nervenarzt  
**Elfriede Israelski**  
geb. Heisterhoff  
Vermählte  
Hagen-Vorhalle, 16. Januar 1921

**Altmetalle**  
Kupfer, Messing, Zinn, Blei  
und Alu. auch Platin, Gold- u.  
Silberabfälle kauft  
\* Metall-Einkauf-Zentrale,  
Kottbuserdamm 66  
(Fernanruf) Sp. 1369

**Verband Eherechtreform**  
Ortsgruppe Berlin.  
Nächste Sitzung Sonnabend, 22. Januar, abends 8 Uhr,  
Restaur. Greiffenberger, Jerusalemstr. 8  
Aus der Tagesordnung:  
Beratung des Kölner Verbandsvorsitzenden:  
Ueber den Stand der Bewegung zur  
Erleichterung der Ehescheidungen.  
Besprechung des Berliner Verbandsyndikus:  
Ueber den Entwurf eines neuen Ehe-  
scheidungsrechts. 23/10  
**FREIE AUSSPRACHE**  
interessenten als Gäste willkommen Der Vorstand.

**Sterbetafelte ehemaliger  
Blau- & Arbeiter**  
(Geheimhaltung)  
Sonntag, den 23. Januar  
vormittags 9 1/2 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Berliner Logen-Restaurant  
Rietz Auguststr. 14  
Tagesordnung:  
1. Rapport und Rechenschafts-  
bericht der Revisoren.  
2. Wahl von Vorstandsmitglie-  
dern (L. Borchenberg, Ren-  
hant, L. Scheffler).  
3. Wahl der Revisoren.  
Mitgliedschaft legitimiert.  
Der Vorstand  
S. W. G. Wegner 1\*

**Kupfer**  
Messing, Zinn usw.  
Quecksilber, Zahngehisse,  
Platin-, Gold-, Silberbruch,  
kauft  
Brunnerstr. 11  
Beusselstr. 29  
Fennstr. 48  
Weidenweg 72.

**Kupfer, Messing, Zinn,**  
sämtliche Metalle  
kauft zu Tagespreisen.  
Neue Hochstraße 38.  
Händler-Expresse.  
2 Plattwagen,  
1 gr. Geschäftswagen,  
1 Pferd (Rudol)  
mit Einrich. d. Betr. zu verkaufen.  
Verein L. Kindervolkshäuser  
Schapestr. 34.  
**Raucher dank!**  
Das sicherst. Mittel, das  
Krauchen ganz od. teilw.  
einrastet. Wirkg. ver-  
bührend. Auskultura.  
Vers. San. Anst. Gg. Engbrock,  
München R6, Kapuzinerstr. 9

## ... beweist mir die unverwüßliche Kraft und Lebensfähigkeit unserer deutschen Industrie.

Dieser Satz ist dem Schreiben des Herrn Rechtsanwalts und  
Notars Friedrich Wilhelm Vogt aus Pechow vom 6. November 1920  
entnommen; aber lesen Sie, bitte, selbst!

Herrn Optiker Ruhnke, Hamburg.

Ich danke Ihnen sehr für die prompte und überaus gute  
und reelle Ausführung meiner Bestellung und stehe nicht an, Ihnen  
unumwunden meine aufrichtigste Anerkennung für Ihre Leistung  
auszusprechen. Doch derartig solide Preise heute noch möglich sind,  
beweist mir die unverwüßliche Kraft und Lebensfähigkeit unserer  
deutschen Industrie. Ich werde mich mit Vergnügen zu Ihren  
häufigen Kunden zählen und Sie noch Kräften empfehlen.  
Mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung  
F. W. Vogt,  
Rechtsanwalt und Notar.

Wir freuen uns, daß es sich in obigen Zeilen um unsere Fabri-  
kate handelt. „Gültig und schlecht“ war unser Grundlag noch nie.  
Doch aber streben wir danach, den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit  
zu erreichen, der darin besteht, hervorragend gute Qualität zu  
möglichen Preisen zu liefern. In dieser teuren Zeit ist dies  
doppelt schwer. Wie weit es uns gelungen ist, davon sollen Sie  
diese Zeilen überzeugen.

Ein Augenglas oder eine Fassung kann noch so gut und noch  
so vollkommen sein, wenn beides Ihre individuellen Ansprüche nicht  
erfüllt, so sind Sie damit trotzdem nicht zufrieden. Wir müssen  
also sowohl Gläser wie Fassungen Ihren Wünschen und Bedürf-  
nissen genau anpassen, um Sie zufrieden zu stellen, und dies ist das  
Wesen unserer Garantie! Wir garantieren nicht nur für die  
Qualität und Haltbarkeit unserer Ware, sondern einfach dafür, Sie

zufrieden zu stellen. Um diese Garantie erfüllen zu können, müssen  
wir auf Vollkommenheit sowohl unserer Ware als auch unserer  
Bedienung halten. Würden wir etwas weniger Gutes liefern oder  
leisten, so mühten wir infolge des großen Umlaufs, der diesen  
Arbeit und Kosten, die uns dadurch erwachsen würden, zugrunde  
gehen oder bald mehr unzufriedene als zufriedene Kunden haben.  
Trotz unserer soliden Ware zerbricht noch genug durch Unvor-  
sichtigkeit usw., so daß wir unseren Kunden in der Garantiezeit für  
ca. eine halbe Million Mark Reparaturen umsonst machen, die ohne  
unsere Garantie hätten bezahlt werden müssen. Doch eine solche Gar-  
antie nicht wertlos ist, muß sich jeder fagen, der nicht gegen seine  
bessere Ueberzeugung urteilt. Weitere einmal bis zwei Millionen  
Mark sparen unsere Kunden jährlich allein beim Einkauf unserer  
preiswerten Gläser, abgesehen von den Ersparnissen an den Fassungen.  
Denn wollten wir die vom Optiker-Verband festgesetzten Mindest-  
preise erzielen, so mühten wir die Preise unserer gangbarsten Gläser  
um die Hälfte erhöhen, unsere Preise für die teuren Extra-Gläser, wie  
aphidische, torische und Doppel-Fokus-Gläser, aber meist verdoppeln.  
Sie kaufen also ein Paar solcher Extra-Gläser bei uns für den Preis,  
den Sie bei anderen Optikern für ein einzelnes Glas zahlen müssen.  
Besonders wertvoll für Sie ist unser Gold-Double, welches  
Ihren kostwertigen Ertrag für echtes Gold bietet. Sie erhalten  
darin eine Augengläserfassung, welche äußerlich reines Gold ist,  
während nur der Kern aus unedelm Metall hergestellt ist; im An-  
sehen und Tragen bleiben diese Fassungen also stets goldgleich. Der  
Preis der Gold-Double-Fassungen richtet sich nach Stärke und Güte  
der Goldauslage; die billigeren Qualitäten, welche nur eine ganz  
dünne Schicht Gold von milderem Wert haben, führen wir über-  
haupt nicht. Die besseren Qualitäten dagegen, welche in jeder Weise

unserer Garantie entsprechen in bezug auf Haltbarkeit und gold-  
ähnliches Aussehen der Fassungen, führen wir in den billigeren  
Preisen von M. 10,50 bis M. 20,—. Wenn Sie dagegen mehr aus-  
geben und eine Gold-Double-Fassung kaufen, für die wir 2 oder gar  
3 Jahre Garantie leisten, so erhalten Sie stets eine vorzügliche  
Qualität, die Ihnen dauernd Freude bereiten wird. Da wir nur  
niemand in seinem Vertrauen zu unserer Leistungsfähigkeit und der  
Güte unserer Waren enttäuschen wollen, verpflichten wir uns, falls  
Sie mit unserer Ware nicht zufrieden sind und Sie trotz einmaligen  
Umtausch noch etwas daran auszuliegen haben, Ihnen ohne Wider-  
rede den vollen gezahlten Betrag zurückzuerstatten. Sie sollen auch  
das Gefühl haben, bei uns zufriedengestellt zu werden.

Nun loben wir Sie freundlich ein, und recht bald zu besuchen;  
bitte, kommen Sie heute noch. Wir besprechen Ihnen, um uns den  
Worte des Herrn Notars Vogt zu bedienen, Sie sollen sich ebenfalls  
mit Vergnügen zu unseren Kunden zählen. Je flotter unser Ge-  
schäft geht, mit um so größerer Lust und Liebe sind Geschäftsführer  
und Verkäufer bei der Sache, denn sie sind am Umlauf interessiert.  
Sie selbst werden Ihre beste Freude haben an der gebiengenen Arbeit,  
der netten Bedienung und nicht zuletzt an dem ersparten Gelde. Und  
wenn am anderen Morgen der Direktor die große Kasse aus unseren  
25 Geschäften anlagt, schmunzelt auch unser Chef ganz besonders,  
d. h. er schmunzelt immer, denn er weiß, ein kleiner Nutzen von  
einem sehr großen Umlauf macht bedeutend mehr für ihn aus, als  
ein noch so großer Nutzen von einem kleinen Umlauf, wie ihn ein  
einzelnes Geschäft nur erzielen kann.

Optiker Ruhnke,  
25 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Basel,  
Fabriken in Ratzenow und Berlin.



**Theater, Lichtspiele etc.**

**Opernhaus**  
Die Gezeichneten  
6 Uhr

**Schauspielhaus**  
Die Sterne  
7 Uhr

**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Romeo und Julia  
Frtg. 8: Caesar und Kleopatra

**Kammerspiele**  
3 Uhr: Stella  
Freitag zum 1. Male  
7 Uhr: Der pathetische Hut

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7: Florianfeyer (19. Abt. 3. Ab.)  
Fig. 2: Flor. Geyer (20. Abt. 3. Ab.)

**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
Täglich 8 Uhr  
**Salome**  
(Orska, Hartan, Liechtenstein, Veidt, Dernburg.)  
Sonntag nachm.: Rausch

**Komödienhaus**  
7 1/2: Die Sache mit Lola  
mit Max Pellenberg  
Josephine Dora, Ort Wagner,  
Ficha, Hassel, Stieda, Kiper  
Sonnt. nachm.: Herr Minister

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die spanische  
**Nachtigall**  
Operette von Leo Fall  
mit

**Fritzi Massary**  
Hans Wassmann, Emmy  
Sturm, Julius Brandt,  
Reinhold Pasch, Olga Engl  
Sof. 3 Uhr: Der letzte Walzer.

**Central-Theater**  
7 1/2: Frau Bärbel (Operette)  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Der Freischütz  
Friedr. Wilhelmst. Th.

1/2 Uhr: Hobeit die Tänzerin  
**Kleines Theater**  
Zum 1. Male:  
7 Uhr: Casanovas Sohn  
Kl. Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Reigen  
**Komische Oper**  
7 1/2 U.: Baroneßchen Sarah  
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Arnold Bleck in  
Die schwebende Jungfrau  
**Metropol-Theater**  
7 U.: Hollandweibchen  
Neues Operettentheater

7 1/2 U.: Yu-Shi tanzt  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: Pension Schüller  
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Der Biberpelz  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Mascottchen  
Th. am Neulendorfsplatz

7 1/2: Käthchen von Heilbronn  
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht  
Theater des Westens

7 1/2: Der ersten Liebe gold. Zeit  
Th. i. d. Kommandantenstr.  
7 1/2 U.: Der verjüngte Adolar  
Wallner-Theater

7 1/2: Der Geiger von Lugano  
**Trianon-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Carl Clowing in

**Kammermusik**  
Lustspiel von H. Igenstein,  
Freitag, den 21. Januar, 7 Uhr  
zum 1. Male:

**Das Wundermittel**  
Komödie von Ludwig Fuida  
Käthe Haack, Julius Falcken-  
stein, Paul Morgan, Kurt von  
Möllendorff, Elise Werck-  
meister, Alfred Haase

**Residenz - Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
Arnold, Sandrock, Toelle,  
Korff, Paul Otto, Hansjakob  
Sonntabend 8, kleine Preise:  
**Aschenbrödel.**  
Sonntag 4 Uhr: Die Freundin

**Kleines Theater**  
Unter den Linden 44.  
Heute 7 Uhr, zum 1. Male:  
**Casanovas Sohn**  
Lustspiel von Rudolf Lothar,  
Eugen Burg, Marg. Christians,  
Hans Albers, Heinz Schroth.  
Morgen 8. u. 10. Tage 8 Uhr:  
Casanovas Sohn

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2  
D. Schlager aller Volksstücke  
**Der Fehltritt einer Frau**  
Vorher: Theaterliebe  
Oper. Sketch mit Vikt. Litzek.  
Sonntag 3 1/2: Eine Heide Eber  
Volksstümliche Preise.

**Schall und Rauch**  
177. Großes Schauspielhaus  
Dir. Hans v. Wolzogen.  
Telephon: Norden 884.  
Konz. 7 1/2 U. Beginn 7 1/2 U.  
Gussy Holl, Paul Graetz,  
Joachim Ringelblat, Wolf  
Kilianj, Gregor Raroff,  
Joseph Burstein, Anne-  
marie Base, C. K. Roellingerhoff  
Cont. Richard Rillo.  
Am Pflg. Mischa Spillmann.  
Kapelle Leonideff.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

**Lessing-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Flamme**  
(Dorsch, Hartmann, Klein-  
Rogge, Pröckl.)  
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt

**Deutsches Künstler-Theater**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsreise**  
mit Max Adalbert und  
Trude Heisterberg  
Sonntabend 3 Uhr:  
Kinder-  
Vorstellung: **Fitzflitz**

**Rose-Theater**  
7 1/2 U.: **Johannisfeuer**

**APOLLO**  
THEATER  
Das Publikum  
film! Allabendlich  
unter pers. Reg. v.  
Leo Peckert.  
Die m. Theater-  
besuch. allabendl.  
aufgen. Films  
werden stets ab-  
nächst. Tag den  
ganzen Monat off.  
vorgeführt.  
Wiederantr.  
**Kampfstiere**  
nachdem Siche-  
rungen f. d. Pu-  
blikum getroff.  
sind.  
Toni Tetzlaff  
Leo Connard  
in  
„Bitte Nicht“  
4 Ussems  
Pätzold Fam.  
Ant. 7 1/2 Uhr.

**Königstadt-Theater**  
Bahnhof Jannowitzbrücke  
Tel. 730 Gala-Sänger  
im Ballaal T A N Z

**Folies Caprice**  
Am Oranienburger Tor  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Pfeifer und Salz**  
Der schlaue Theophil  
Der Doppelgänger  
Telephon: Norden 8630

**Circus Busch**  
Tägl. 7 U. Sonnt. auch 3 1/2 U.  
Hans Stösch-Sarrasani's  
Zirk.-Prog. P.ig. Mensch.  
Eisbären, Löwen usw.  
Großes Traum (Traumland)  
Vorverk. Tietz u. Circusk.

**Metropol**  
KABARET  
BEHRENSSTRASSE 54  
PUNKT 7 1/2 UHR  
RLESEN-JUBIL. (25.) SPIELPL.  
13 SCHLAGER

**WINTERGARTEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Theater am Kottbus. Tor**  
Kottbuser Str. 6  
Tägl. 7 1/2 und Sonntag  
nachm. 3 Uhr  
**Elite - Sänger**  
Zum Schluß:  
„Tannhäuser“  
(Parodie)  
Nachm. halb. Preise  
Vorv. 11-12 u. 4 h.

**Reichshall.-Theater**  
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.  
nachm. 3 Uhr:  
**Stettiner  
Sänger**  
Nehm. halb. Pr.!

**Variété-Café**  
**Moritzplatz**  
Oranienstraße 53 54  
Täglich 8 Uhr:  
**Elite-Programm**

**Admirals-Palast**  
7 1/2: Die roten Schuhe  
Morg. 7 1/2: Die roten Schuhe

Theater i. d.  
**Königgrätzer Straße**  
Mittwoch, 26. Januar, 7 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Katerina  
Iwanowna**  
Drama in 4 Aufzügen von Leonid Andrejew  
Hauptdarsteller:  
Lucie Höflich, Paul Bildt, Ernst  
Dernburg, Ernst Pröckl, K. A. Römer,  
Margarete Schlegel, Jenny Marba,  
Frieda Lehndorff  
Regie: Evend Gade

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Haschenheide 108/114  
Heute Donnerstag, 20. Januar Heute  
**Bayer. Bierfest**  
Prämierung  
des  
**tiefsten Rückenauschnitts**  
Drei bare Goldpreise: 300, 200, 100 Mark.  
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr an der Kasse.  
Auf. 6 Uhr. 5 Kapellen. 30 bayer. Mad'l

**Residenz-Kasino** **Prachtsäle Alt-Berlin**  
Blumenstr. 10, neb. Resid.-Th. Blumenstr. 10, Kino-Eing.  
**Großer Ball** **Tanzpalast**  
für die ältere Jugend. für die modern  
Nur Rundtänze. tanzende Jugend.  
Anfang 7 Uhr.

Ankauf Verkauf  
**Perlen  
Juwelen**  
Sehr großes Silberlager  
**Margraf & Co. 22**  
Kanonenstrasse 9  
Tausendstrasse 18a.

Post-  
versand: **Frisch ab Fabrik!**  
Jeder Hausstand  
der Sorgen enthoben!

**Haferflocken** frisch von der  
Mühle, erst-  
klassige Quali-  
tät für Kinder, Kranke und Gesunde, entbeitet,  
entspelzt, süß wie Nudl, von feinem, bisquitartigem  
Wohlgeschmack. Einzig wirks. bei Unterernährg.  
**Backmehl oder Grieß**  
schneeweiß, entkeimt und entbeitet; für nahr-  
hafte Suppen und Puddings hervorragend be-  
währt, ebenso für Backzwecke, Kuchen u. Torten.

**Kombiniert. Postkollis** = 10 Pfd. brutto  
zur Hälfte Haferflocken } bei Nachnahme M. 36.-  
zur Hälfte Backmehl } bei Voreinsend. M. 34.50  
oder Grieß } franko, inklusive Verpackung

**Nahrungsmittel-Bezugs-Gesellschaft**  
m. b. H.  
Schwarzenbek i. Lbg.  
Postcheckkonto Hamburg Nr. 48197

**Ich zahle**  
für **Gold-, Silber-, Platin-**frach  
I. 41 I. 1,20 Nach Kurs  
**Brennspritzen bis 390.-**  
Alte Gebisse pr. Zahn bis 300.-  
Einzelne Zähne von 10.- an.  
Platingebisse erreichen Werte bis 5000 M. u. mehr.  
**Brillanten, Juwelen**  
zum heutigen hohen Kurs!  
**Heinrich Trapp** Beuthstr. 10.  
am Spittelmarkt.  
Fahrgeldvergütung  
Sendungen von außerhalb werden prompt erlied't

**Hämorrhoiden · Stuhlträchtigkeit**  
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Druckschrift  
Dr. Geebhard & Cie., Berlin 217, Post-damer Straße 104d.

**Dr. med. Hollaender,**  
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden.  
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berührung,  
Blutuntersuchung.  
Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2,50  
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.  
Täglich 11-1, 3-7, Sonntags 11-1. 187/4\*

**Der billige  
Pelz-  
Mantel**

aus Seal electric,  
feinstes Material,  
ganz auf reinsei-  
denem Duchesse  
gefüttert

aus Seal electric,  
feinstes Material,  
ganz auf reinsei-  
denen schweren Damast  
gefüttert

**3900. 5300.**

**R. M. Maassen G. m. b. H.**  
Oranienstr. 165 Leipzigerstr. 42

Täglich Konzert in ihrem eigenen Heim  
**Professor  
Arthur Nikisch**  
Sussert sich in einem vom 30. Dezember  
1920 datierten Brief an unsere Mailer-  
schaft wie folgt: „Die weitere Entwicklung  
der künstlerischen Aufnahmen der Deutschen  
Grammophon-Aktiengesellschaft hat heute  
einen derartigen Grad von Vollkommenheit  
erreicht, dass nun dem anspruchsvollsten Hörer  
kein Wunsch mehr unerfüllt bleibt.“  
Oper / Operette / Lieder / Märchen / Träne  
Schlamationen / Sologesänge / Bassli / Chöre  
Instrumental- / Orchester

**Grammophon-Spezialhaus 22**  
Berlin nur W 8 · Friedrichstraße 189  
Prospekte und Versand kostenlos

**Zinn, Lagermetall  
Kupfer usw.  
kauft  
Wiemer**  
Putbusser Str. 30, I  
Mirbachstr. 4, Hof  
Pankow  
Wollankstraße 31.  
**Kupfer, Rotguß  
Messing, Blei  
kauft Tütel**  
Schivelbeiner Str. 5.  
**Zinn u. Blei**  
sowie alle Aitmetalle kaufen  
zu Tagespreisen  
**Metallschmelzwerke,**  
Waldemarstr. 74,  
Telephon: Moritzplatz 9205

Ziehung 2.-5. Februar.  
**Aachener Dombau-  
Geld-Lotterie**  
11736 Gew. ohne Abzug M.  
**333 500**  
Haupt-  
gewinne **75 000**  
**50 000**  
Lose à M. 4.50 Porto u. Liste  
M 110 mehr, Bank-  
haus.  
**Smil Stiller,**  
Hamburg, Holzdamm 39,  
Postcheck-Konto 20 114.

**Ein  
neues Gesicht**  
von vollkommener Reinheit  
des Teints durch meine  
seit 30 Jahren berühmte  
„Gautschäfer“, das einzige  
Mittel, welches die Gesicht-  
oberhaut erneuert und von  
den harmlossten Haut-  
unreinheiten sicher befreit.  
Herzlich empfohlen Dr. 30.-,  
Otto Heide, Berlin 43  
Eisenbahnstraße 4

**Metallankaufsstelle**  
Osten,  
Grüner Weg 28  
zahlt Tagespreise für  
**Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.**

**Stellenangebote**  
**Perfekte  
Geldschrank-  
schlosser**  
als Rollenführer f. dauernde  
Arbeit bei hohem Verdienst von  
Berliner West sofort gesucht  
Offerten unter M. 17 an die  
Hauptred. des „Vorwärts“.

**2 Mechaniker**  
für Scheelmaschinen, mit  
persönl. in angenehme Pau-  
stellung sofort gesucht. 60828  
Erich Bort  
Scheid- und Baumaschinen-  
Betrieb  
Sandböberger Straße 73  
am Alexanderplatz.

**Tüchtige  
Verkäuferinnen**  
für  
**Korsetts  
Damenwäsche  
Spitzen  
Stickereien**  
sofort gesucht  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
5-6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Charlottenburg  
Wilmsdorfer Str. 118/119

**Kreuzfüchse 300 M.**

Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-  
Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte d. Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Uister,  
früh. bis 1200 M., Jetzt 350 b. 450 M. Große Posten Hosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren)  
**Leihhaus Moritzplatz 58a** (Größtes Spezialhaus dieser Art)



# Die Beamtenforderungen und ihre Deckung.

Eine Sondervorlage für den Reichstag.

Der Reichstag hielt Mittwoch Abend eine Sitzung ab. Das Ergebnis der auf Reichsfinanzen unterhaltenen Kraftwagen sollte ohne Ausschussberatung durch Kenntnisnahme erledigt werden. Da aber der preussische Ministerialdirektor Nobis hervorhob, daß es sich um rund 800 Kraftwagen handle, die noch auf Reichsfinanzen unterhalten werden, wurde auf seinen Antrag die Vorlage dem Staatsauschuss überwiesen. Der Reichstag stimmte einer neuen Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Kraftwagen zu. In Aufhebung früherer Bestimmungen beschloß der Reichstag, nimmere den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Motorbooten fast unbeschränkt zuzulassen.

Über den Gesetzentwurf betr. eine weitere verlässliche Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, der die Neuforderungen für die Beamten enthält, berichtete namens der Ausschüsse Ministerialdirektor Sack. Eine Festlegung des Grundlohes, das den Ländern und Gemeinden ihre Mehrerwerbungen aus Reichsmitteln erstattet werden würden, ist nicht erfolgt. Außerdem ist hinsichtlich der Deckung nur allgemein im Regierungsentwurf gesagt, daß bis zum 1. April 1921 Verwaltungsmaßnahmen zu treffen oder Gesetzentwürfe vorzulegen sind, durch welche Ersparnisse oder Neueinnahmen geschaffen werden. Die Mehrerwerbungen für das Reich nach dem Gesetz belaufen sich auf 3,2 Milliarden Mark. Als nicht eintreffend erschien es den Vertretern der Länder, daß in der Regierungsvorlage von einer Vorlage für den Mehraufwand der Länder und Gemeinden abgesehen sei.

Die Ausschüsse haben folgenden § 3 hinzugefügt: „Den Ländern sind an den Erträgen der nach § 2 zu erhebenden oder neu einzuführenden Steuern Anteile zur Bestreitung der Mehrkosten zu gewähren, die ihnen und ihren Gemeinden dadurch erwachsen, daß die Teuerungszuschläge für Beamte und Ruhegehaltsempfänger nach den Grundätzen des § 1 festgesetzt werden usw.“

## Reichsfinanzminister Wirth:

Wir waren in der Reichsregierung von Anfang an der Auffassung, daß schon die Unterbringung der Länder aus der Reichskasse auf dem Wege des Staats ein finanzpolitischer Schritt von außerordentlicher Tragweite ist. Wir haben deshalb in der Reichsregierung die Auffassung gehabt, daß es nicht möglich ist, dies gesetzlich zu verankern, sondern daß wir auf dem Wege des Staats den Ländern beizubringen wollen, deren Lasten wir nicht verkennen. Nachdem ihr Ausschuss einen ähnlichen Beschluß bezüglich der Gemeinden gefaßt hat, wird die Reichsregierung dem Reichstag eine Sondervorlage zugehen lassen, nach der § 3 nicht enthalten ist. Es ist das natürlich ein außerordentlich kritische und außerordentlich hochpolitische. Ich verkenne die Notlage der Länder und vieler Gemeinden nicht, aber zu einem so weitgehenden Schritt für die Gemeinden ist nicht bereit zu erklären, ist von Seiten des Reichs unmöglich und wäre auch durch die Lage sehr dieser Gemeinden sachlich nicht gerechtfertigt. Wir wollen nicht in der Öffentlichkeit gegen die Beamtenverhältnisse polemisieren, aber wir sind verpflichtet, wenn wir nicht in eine endlose Papierwirtschaft hineingeraten wollen, unser Augenmerk auf die finanzpolitische Seite zu richten. Ich möchte also nochmals betonen, daß die Annahme, ob durch die Betonung der finanzpolitischen Seite ein Angriff gegen die Beamten eröffnet werden soll, falsch ist, denn die Notlage der Beamten wird nirgends, am allerwenigsten im Reichsfinanzministerium, verkannt. Die Reichsregierung weiß aber auch, wie hoch die Belastung ist, die gerade im letzten Jahre uns durch die Gewährung der Beamtenforderungen auferlegt worden ist. Unter keinen Umständen darf die finanzpolitische Seite mehr vernachlässigt werden; das Reich ist genötigt, alsbald entsprechende Vorlagen vorzulegen.

Weitere Wortmeldungen kamen nicht vor. Die Vorlage wurde nach den Ausschussbeschlüssen mit dem § 3 einstimmig angenommen.

Das rote Kreuz? Aus Darmstadt meldet Ill.: Auf Grund von Eingaben über die Bildung bewaffneter Organisationen der kommunistischen Partei wurden im Auftrage der Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Oberfeld und Lünen bei Dortmund vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer roten Armee wurde gefunden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt. — Da diese Maßnahme von der Ill. kommt, die ganz im Dienste der Orgel steht und deren Fiktionseigenschaft täglich zu beweisen sucht, ist größte Vorsicht am Platze.

Dapperliches. Ein oberbayerisches Wäldchen, der „Niedbacher Anzeiger“, bringt einen recht „schönen“ Artikel gegen die „Sozial“ in Berlin, die sich als „Berliner Hauswirtschaft“ oder auch „Kaufläden und Pappschinken“ genannt werden. Den Schluß bildet, als Antwort auf die Berliner Belästigungen, die bayerischen Einwohnerwehren zu entsenden, die feindliche Aufforderung: Kreuzweiss... Wir haben allemal gemerkt, daß der Körper, auf den die roten Bären herbei anlaufen, bei den Revolutionären nicht nur selbst das Malo, sondern auch im Norden der ebelste ist und weit härter entwickelt als die Dentwerkzeuge.

Papier nur für die Kapitalistenpresse! Unsere französischen Genossen wenden sich mit einem beinenden Appell an die Öffentlichkeit. Die Krise in der Papierindustrie bedroht in erster Reihe die Papierverarbeitung der sozialistischen Blätter und weiter das geistige Leben Frankreichs. Im Krieg sind die Arbeiter der Menschen verarmt worden, jetzt verarmt man den Geist! Das Monopol der Papierindustrie wirkt von Tag zu Tag erschwerender auf den Ausdruck der Gedanken. Lehrer und Gelehrte haben nicht die Mittel, ihre Gedanken mitzuteilen. Die Bourgeoisie unterstützt diesen Zustand, um die Auffklärung der Massen hintanzujubeln. Nur die Kapitalistenpresse wird mit Papier versehen. Und das nennt man: Pressefreiheit!

Ein rückwärtiges Gesetz befristet. In Sachsen bestand seit 1884 ein von der damaligen konservativen Herrschaft dem Volke beschertes Gesetz über die Ausschließung säumiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergünstigungen. Den Sachwaltern wurden die Steuerrestanten bekanntgegeben; sie waren daraufhin bei Strafe verpflichtet, diese aus ihrem Pöckeln zu weisen. Früher wurde die Liste der Restanten sogar öffentlich ausgehängt. Allerdings hatte das Gesetz nur in kleinen Städten und auf dem Lande Bedeutung. Dort hat es aber sehr häufig gemerkt. — Jetzt hat die sozialistische Regierung dieses Gesetz durch eine an den Landtag gerichtete Vorlage aufgehoben und dieser gegen die Deutschkonservativen der Maßnahme zugestimmt.

Leichtfertige Berichterstattung. Wir veröffentlichten vor einigen Tagen einen WTB-Bericht über einen Vortrag des amerikanischen Sozialisten Schwarz in der Aula der Berliner Universität, wonach Schwarz gesagt haben sollte, die vier unabhängigen Delegierten auf dem Kongress der Dritten Internationale in Moskau hätten ihn bei den Sowjetbehörden wegen seiner abschälligen Bemerkungen über die russischen Verhältnisse denunziert und damit seine Verhaftung verschuldet. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß Schwarz inwieweit selbst in der „Freiheit“ diesen Teil des WTB-Berichts dahin berichtet hat, daß die unabhängigen Delegierten, im Gegensatz zu Schwarz, nicht denunziert, sondern sich vielmehr noch seiner Verhaftung bei den Sowjetoffizieren für seine Freilassung einsetzt hätten, und zwar schließlich mit Erfolg. Nachdem uns dieses Demüßnis zur Kenntnis gekommen ist, ist es selbstverständlich, daß auch wir unsere Leser darüber informieren. Schuld an diesem eigenartigen Mißverständnis trägt ausschließlich die leichtfertige Berichterstattung des Wolffschen Bureaus.

# Reichsregierung und WTB.

Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten Kroll, Weinhausen und Erkelenz über das Abkommen mit dem Wälffischen Telegraphenbureau teilte die Reichsregierung mit, daß das Bureau außer Nachrichten auch amtliche Mitteilungen, Berichtigungen, Verfügungen und Kommentare durch seine umfassende telegraphische Organisation weiterverbreitet habe. Es könne aber dem Wälffischen Telegraphenbureau, das in den letzten Jahren mit großen Verlusten gearbeitet habe, nicht zugemutet werden, dieses Material, das nicht unmittelbar seinen Zwecken diene, auf seine eigenen Kosten zu verbreiten. Es sei daher dem Bureau für seine Arbeit sowie als Beitrag für seine telegraphischen Gebühren ein bestimmter Betrag für jedes Wort gezahlt worden. Die Ausgaben hierfür betragen für die gesamten Reichsministerien im laufenden Haushaltsjahr etwa 100 000 M. Die Ausgabe des gesamten amtlichen Materials an alle Nachrichtenbureaus zur allgemeinen Verbreitung würde eine ungeheure Belastung des telegraphischen und telephonischen Verkehrs zur Folge haben und daher undurchführbar sein. Jede Regierung pflegt auch nur ein Bureau zur Verbreitung von amtlichen oder halbamtlichen Mitteilungen zu benutzen und die Reichsregierung habe keinen Anlaß, von dieser allgemein durchgeführten Praxis, die sich bewährt habe, abzuweichen.

Eine andere Antwort war zwar von der bürgerlichen Reichsregierung nicht zu erwarten, wir müssen aber gestehen, daß wir sie für außerordentlich unbefriedigend halten. Die gegenwärtige bürgerliche Regierung soll bekanntlich eine Regierung der Republik sein, wenigstens der monarchistische Charakter der „Deutschen Volkspartei“ nur zu bekennen ist. Was sagt diese „republikanische“ Regierung dazu, daß durch WTB fortgesetzt Hofnachrichten verbreitet werden, wie sie zur Zeit Wilhelms II. bestanden waren? Werden auch diese Nachrichten, die dem unvertennbaren Zweck des Sturzes der Republik dienen, von Regierungsgeheimnissen, d. h. aus den Taschen der deutschen Steuerzahler, bestritten? Gegen die Tatsache, daß eine Regierung sich zur Verbreitung ihrer Kundgebungen eines Bureaus bedient, ist nichts einzuwenden. Die Art und Weise jedoch, in der das WTB diesen Anforderungen entspricht, muß zum mindesten als höchst befremdend bezeichnet werden.

# Deutschlands Wiedergutmachung.

Paris, 19. Januar. (WTB.) „L'Echo“ meldet, Staatssekretär Bergman habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von drei Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf das Reparationskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Basis zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, drei Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell eine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gab zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorziehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

„L'Echo“ sagt, durch die deutsche Antwort sei eine neue Lage geschaffen. Die Alliierten müßten beraten. Zwei Gesichtspunkte müßten im Auge behalten werden, die Mobilisierung der deutschen Schuld und die Beteiligung an dem zukünftigen Aufschwung Deutschlands. „L'Echo“ empfiehlt als Grundlage der Beratungen der Alliierten den englischen Vorschlag von Hygie.

Anmerkung des WTB.: In deutscher zentraler Stelle wird die Nachricht des „L'Echo“ in dieser Form nicht für richtig gehalten.

# Das deutsch-belgische Marktabkommen.

Berlin, 19. Januar. (WTB.) Die zu Verhandlungen über die Rücknahme der belgischen Markbelände in Brüssel eingetroffene deutsche Delegation hat mehrere Unterredungen mit den belgischen Ministern gehabt. Es hat ein Ideenaustausch stattgefunden, der es nötig machte, daß die deutschen Delegierten nach Berlin zurückkehrten, um neue Instruktionen einzuholen. Die Verhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen werden.

Es handelt sich also nicht, wie aus dem von uns veröffentlichten Bericht des Hollandisch-Neuweltbureau hervorzugehen schien, um einen Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen.

# Die Not der besetzten Gebiete.

Koblenz, 19. Januar. (WTB.) In Anwesenheit von Vertretern der verschiedenen Reichsminister und der Landesregierung tagte heute der parlamentarische Beirat für das besetzte Gebiet beim Reichskommissar.

In der Aussprache wurde zunächst die Notwendigkeit baldiger Fertigstellung des Personenschutzes behandelt. Der Vertreter des Reichsministeriums des Innern erklärte, daß der Gesetzentwurf mit allen Mitteln gefördert würde, da es das Reich als Ehrenpflicht ansehe, Personen und den Angehörigen von Personen, die infolge der Besetzung Schaden an Leben und Gesundheit genommen, ausreichende Hilfe zu sichern.

Einen sehr breiten Raum nahmen die Klagen dieser Beiräte über Lebergriffe und die Lasten der Besetzung ein. Es sei nicht besser im besetzten Gebiet geworden, sondern die Verhältnisse hätten sich verschlechtert. Es wurden verschiedene gravierende Fälle vorgebracht. Der Reichskommissar sagte zu, daß er bei der Rheinlandkommission vorstellig werden würde, sobald ihm die nötigen Unterlagen vorliegen würden.

Einen breiten Raum in den weiteren Verhandlungen nahm die Besprechung der Verordnung Nr. 64 der Rheinlandkommission, betreffend Bestandsaufnahme der Hilfsmittel für militärische Zwecke ein, die nicht geringe Erregung in der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes hervorgerufen habe.

Die drückende Wohnungsnot und die Notwendigkeit einer erheblichen Steigerung des Wohnungsbauens im besetzten Gebiet wurde lebhaft erörtert und gab zu Wünschen an die Reichsregierung Anlaß.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums legte die Tätigkeit der Reichsvermögensverwaltung auf dem Gebiete des Entschädigungs-, Requisitions- und Wohnungswesens dar.

In der nachfolgenden Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegenüber den ungeheuren Notizen und dem durch die Forderungen der Besatzungsarmee verursachten Wohnungsmangel in den Städten und Gemeinden des besetzten Gebietes durch das Reich das Menschenmögliche geleistet werden müsse. Es wurde hierbei ausgesprochen, daß die Befreiung der mit Einquartierung besetzten Wohnungen vielfach nicht mehr magten, Beschwerden zu äußern, da sie glaubten, sich der Gefahr einer Verurteilung wegen Belästigung von Familienangehörigen der Mitglieder der Besatzungstruppen auszusetzen.

Lahnstein a. Rh., 19. Januar. (WTB.) Wie die „Rheinische Post“ meldet, ist das „Frankenthaler Tagblatt“ auf drei Tage verboten worden.

# Abberufung Wigdor Kopp?

Berlin, 19. Januar. (Z.N.) Wie wir erfahren, hat der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Wigdor Kopp, seinen Abberufungsbefehl von der Proklamer Regierung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

# Wrangel-Nachwehen.

Paris, 19. Januar. (WTB.) „Associated Press“ meldet aus Konstantinopel: Sonnabend Abend fand ein Kampf zwischen französischen Truppen und aufrührerischen Kosaken der Wrangel-Armee, die ihre Offiziere entworfen hatten, statt. Zehn Senegalesen wurden getötet, zwei französische Offiziere und zwanzig Senegalesen verwundet.

# Kommunistenprozesse in der Tschechoslowakei

Prag, 19. Januar. (Z.N.) In der Reihe der Prozesse gegen die Kommunisten in der Tschechoslowakei wurden gestern die ersten Urteile gefällt, die auf acht bis zehn Monate festeren Kerker lauteten.

Prag, 19. Januar. (WTB.) Nach Blättermeldungen aus Rosenberg wurde der Kongress der Kommunisten der Slowakei bei der Verhandlung über die Frage des Anschlusses an die Dritte Internationale durch Gendarmerie geiprengt. Einige Delegierte, darunter zwei Parlamentarier, wurden verlegt.

# Die Maulkorbinternationale.

Wer wußte bisher, daß die U.S.A. auf dem italienischen Parteitag in Livorno offiziell vertreten war? Diese Tatsache erfährt man aus einem eigenen Drehbericht der „Humanität“ aus Livorno vom 15. Januar, in dem es heißt:

„Der Vorsitzende Mondolfo teilt die Anwesenheit von zwei Delegierten der Deutschen Unabhängigen Partei, Rosenfeld und Dittmann, sowie des deutschen Kommunisten Paul Vent mit. Doch wird allein den Mitgliedern von Poletien, die der Dritten Internationale angehören, die Erlaubnis zum Reden erteilt.“

So haben die beiden Abgeordneten der U.S.A. diese weite und teure Reise nach Livorno gemacht, um sich dort durch die italienischen „Genossen“, mit Verlaß, einen Maulkorb anlegen zu lassen. Diese Behandlung von Vertretern einer „Schwesterpartei“ steht wohl einzig in den Annalen der internationalen Beziehungen zwischen Sozialisten.

# Der Revolver als Argument.

Livorno, 19. Januar. (WTB.) Die gestrige Vormittags-Sitzung des Sozialistenkongresses wurde vielfach durch den heftigen Meinungsaustrausch zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gewerkschaftsbundes gestört. Die sich gegenseitig schimpften. In der Nachmittags-Sitzung nahm der Kongress eine Entschließung zugunsten der ungarischen Kommunisten an, deren Auslieferung von der ungarischen Regierung gefordert wird. Darauf nahm Bacirca heftig gegen diejenigen Stellung, die die Anwendung von Gewalt predigen, und wies darauf hin, daß die Zwischenfälle von Bologna bewiesen, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückzuführen. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wilden Lärm. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der Dritten Internationale Bombacci zog einen Revolver und zielt auf Bacirca. Andere Kongreßteilnehmer warfen sich auf Bombacci und drängten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Bacirca, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen. (Bombacci, der Führer der „reinen“ Kommunisten ist für sein egalitäres Benehmen bekannt. Selbst seine Freunde zweifeln an seine Zurechnungsfähigkeit. Red. h. „A.“)

# Geen Terror.

Paris, 19. Januar. „Populaire“ zufolge hat die sozialistische Kammergruppe bei einem Bestand von 51 Mitgliedern eine Kundgebung angenommen, in der sie sich gegen die in Tours geschaffene neue kommunistische Partei wendet.

# Georgien in Verteidigung.

## Ein Aufruf Kautskys.

Am 12. Dezember führte die georgische Volksgarde (und das ist die gesamte waffenfähige Uibererschicht des Landes) den 8. Jahrestag ihres Bestehens. Das Fest fiel zusammen mit einer teilweisen Mobilisation der Garde zur Ueberwachung der sibirischen Grenzen angesichts der Sowjetisierung Armeniens. Aus diesem Anlaß richtete Karl Kautsky, der bekanntlich in Georgien weilte, einen Aufruf an die Garde, dem wir nachfolgende Stellen entnehmen:

Die Volksgarde Landes war durchdringt vom Streben nach Frieden. Aber rings um Euch wird immer heftiger die Flamme des Krieges zuckt,

und von neuem droht sie, Euer Land zu erfassen. Jeden Augenblick könnt Ihr berufen sein. Euer Leben für die Unabhängigkeit Eures Landes einzusetzen. Es erübrigt sich wohl, zu sagen, daß Ihr Eure Pflicht erfüllen werdet und daß Ihr vor keinen Opfern zurückweicht, um Euren Lande den Krieg zu ersparen. Denn Ihr wollt ja nicht den Krieg, Ihr wisst ja, wie kostbar der Frieden ist. Ja — mehr als je, denn die schwere Kolosse Eures Landes ist ja nur eine Folge des Krieges und nur dadurch verursacht, daß an Euren Grenzen Krieg und Bürgerkrieg nicht aufhören. Wahrlich, es ist dies der Gipfel der Unberechenbarkeit, wenn dieselben Leute, die durch ihre eigene Kriegspolitik Eure ohnehin schwere Lage jetzt noch verschlimmern,

and Euren Leiden eine Kasse für Eure Regierung betreten wollen und Euch verprechen durch neuen Krieg und Bürgerkrieg erst zu verschaffen, Ateider und warme Bedankung! Tatsächlich würdet Ihr auf diese Weise nur noch das befechten, was Ihr heute habt. Und darum — fluch und tiefer Fluch jeder Gewalt, die das so friedliche Georgien mit Krieg und Bürgerkrieg bedroht! Frieden, nochmals und immer wieder Frieden; das muß unser Losungswort sein! Aber nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden in Freiheit! Ich nicht leicht unterwerfen dem strengen Eroberer, der zügellosen Despotie!

Die Anisstraße einer Dynastie oder eines Parteimittees ist verheerend wie der Krieg selbst. Möge das freie Georgien die Faust einer Despotie nicht mehr zu spüren bekommen!

# Trauischer Märchen Vortrag.

Fünf Schulkinder im Gedränge gefiel, zwanzig verlegt. Breslau, 19. Januar. (WTB.) Heute nachmittags 4 Uhr sollte in der Volkshalle in der Reichshauer Straße ein Vortrag von Märchen erfolgen, zu dem sämtliche Schulen der Oberstufe versammelt waren. Etwa 1500 Kinder versuchten sich schon um 2 Uhr in den Vortragsraum, der im Keller (I) der Schule lag, vorzubringen. Eine Kufft war nicht anwesend. Die Kinder drängten die enge Kellertreppe herab, um die besten Plätze zu erlangen. Dabei kam es zu einem furchtbaren Durcheinander, bei dem fünf Kinder getötet und etwa 20 verletzt wurden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lohnbewegung in der Berliner Holzindustrie.

Die Verwaltungsjahre des Holzarbeiterverbandes verlaufen im April 1920 die Berliner Löhne einhellig festzulegen und beantragte daher, die Tariflöhne von 4,20 M. um 50 Proz. zu erhöhen. Der Antrag wurde dem Tarifamt übergeben, welches am 14. Juli folgende Entscheidung fällte: Ab 14. Juli werden die Mindestlöhne auf 5,40 M., die Durchschnittslöhne auf 6 M. festgesetzt. Obermeister Paeth legte sofort alle Hebel in Bewegung, um den Spruch illusorisch zu machen. Ein Antrag, der einen Abbau der Löhne vorschlug, war die Antwort, und bei den Beratungen stellte sich heraus, daß man die inzwischen eingetretene Wirtschaftskrise auszunutzen wollte, um die Löhne so festzulegen, wie es den Wünschen der Herren Arbeitgeber entspricht. Durch Stilllegung der Betriebe und Entlassung von Arbeitkräften hätte man auch bald die noch höheren Löhne ausgemergelt. Die fast verzweifelte Lage im Gewerbe machte einen Vorstoß auf der ganzen Linie unmöglich.

Anfang November 1920 stellte die Verwaltung erneut einen Antrag, der auf die bestehenden Löhne einen Ausgleich von 20 Proz. forderte. Die Unternehmer antworteten wiederum mit einem Antrag auf Abbau der bisherigen Löhne (d. h. 5,40 M. bis 6 M.). Sie erklärten sich bereit, den Antrag zurückzuziehen, wenn der Antrag auf Erhöhung der Löhne ebenfalls zurückgezogen werde. Daraus konnte natürlich keine Rede sein. Das Tarifamt für das Holzgewerbe verhandelte über den Antrag der Arbeiter und lehnte ihn ab, weil nicht beide Parteien die Entscheidung beantragt hätten.

Inzwischen fanden auch zentrale Verhandlungen statt, die vor dem Reichsarbeitsministerium ihren Abbruch fanden und als Ergebnis 10 Proz. auf die bestehenden Löhne vorschlugen. Auch diesen Vorschlag lehnten die Berliner Arbeitgeber ab. Sie erklärten, daß sie aus dem Arbeiterschutzbund ausscheiden seien und daher alle Lohnfragen für Berlin selbständig regeln. Daraufhin riefen die Arbeiter den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin an, welcher auch Verhandlungen zum 8. Januar ansetzte, sich aber vertagte, um am 15. Januar die Beratungen fortzusetzen. Die Arbeitgeber hofften inzwischen über das Reichsarbeitsministerium angerufen, und als die Verhandlungen am 15. Januar beim Schlichtungsausschuß beginnen sollten, bezweifelten die Vertreter der Arbeitgeber die Zuständigkeit, legte auch gleichzeitig eine Einladung des Reichsarbeitsministeriums vor, aus der hervorging, daß ein Termin zum 27. Januar festgesetzt ist, um über die Streitfrage zu verhandeln. Infolgedessen hat sich der Schlichtungsausschuß für unzuständig erklärt.

Der Zweck, den die Arbeiter mit der Anrufung des Reichsarbeitsministeriums verfolgten, ist, ihren Antrag auf Abbau der Spitzenlöhne erneut zur Beratung zu bringen und im übrigen die Löhne in der Berliner Holzindustrie auf einen Stand zu bringen, der es den Herren ermöglicht, sich auf Kosten der Arbeiter größere Einnahmen zu sichern. Aus dem ganzen Werdegang unserer Lohnbewegung ist ersichtlich, wie man versucht, den Arbeitern der Berliner Holzindustrie das Existenzminimum zu beschneiden. Der Organisation der Arbeitnehmer hat verlohnt, alle friedlichen Mittel zu erschöpfen. Sie ist nun bei der letzten Instanz angelangt. Der 27. Januar wird zeigen, ob die Lohnbewegung eine friedliche Lösung findet oder ob man es auf einen Kampf ankommen lassen wird. Mit außerordentlicher Ruhe haben die Holzarbeiter dem Treiben der Berliner Schlichtungsausschüsse, ihre Geduld ist auf eine harte Probe gestellt worden.

### Ein Wohltäter.

Die Buchdruckerei von H. Grebe (Inh. Max Wald), Alterstr. 50, ist für organisierte Arbeiter nach wie vor gesperrt. Das Personal hat den Betrieb ruhig verlassen und der Herr Kommerzienrat ist nunmehr Herr in seinem Hause. Die ihm gewordenen freien Räte wird von ihm benutzt, um sich endlich einen genauen Überblick über die ihm infolge der Kriegsaufträge zugeflossenen Millionen zu verschaffen, und dann eine neue Wohlfahrtsanstalt anzulegen, um das Leben zu retten. Wie bekannt, hat Herr Wald neben seinen anderen Wohlfahrtsanstalten einen Weltkriegs-Gedächtnisfund auf das Jahr 2118\* geschaffen, der in 200 Jahren auf 50 Millionen Mark angewachsen wird und am Tage der 200. Wiederkehr der Friedensfeier zur Erinnerung an den gegenwärtigen Weltkrieg aufgelöst werden soll. Ein Teil des Ertrages soll seiner Majestät dem Deutschen Kaiser in seiner Eigenschaft als Haupt des Königlich Preussischen Hofes der Hohenzollern angeboten werden zum Andenken an seinen zu hundertjährigen Geburtstag Wilhelm den Zweiten, den kraftvollen Führer des Vaterlandes im Weltkrieg\*. Die dem Gedächtnisfund will Herr Kommerzienrat Wald einen namhaften Betrag zuführen mit der Bestimmung, daß nach genannten 200 Jahren das Personal, das ihm bei der Erarbeitung seiner

Stimmen befristet war, bei der Ausschüttung der angewachsenen Gelder an erster Stelle beteiligt sein soll.

### Vom Demobilisierungskommissar.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns u. a.: Wir führten für die Angestellten der Buchhandlung A. Wolff, brück u. Co., Oranienburger Str. 10, eine Lohnbewegung, in welcher ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ergangen war. Die Firma lehnte den Spruch ab, so daß unfernerorts beim Demobilisierungskommissar Verbitlich-Erklärung beantragt wurde. Der Beamte des technischen Dezernats dieser Behörde stellte Erhebungen bei der Firma an und bat, ohne uns als Antragsteller hinzuzuziehen, einen Vergleich herbeizuführen, durch den die Angestellten nicht allein 20 Proz. von

# Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Februar bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen. Bezugspreis 10 M. einschl. Zustellungsgebühr. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

der vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Erhöhung ihrer Gehälter einbüßen, sondern auch vier Angestellte auf Straßenpflaster floßen, obwohl die Arbeiter im Betriebe noch nicht gestreikt war. Der Beamte des Demobilisierungskommissars war scheinbar nicht orientiert darüber, daß gerade seine Behörde für die Durchführung und Überwachung der Verordnung vom 12. 2. 1920 zu sorgen hat. Das Zusammenarbeiten zwischen Demobilisierungskommissar und seinem technischen Dezernat scheint auch nicht gründlich zu sein, denn wir erhielten am Tage nach festgesetztem Vergleichsdatum zum Termin vor dem Demobilisierungskommissar zwecks Verhandlung über unseren Antrag. Bei dieser Gelegenheit wurde unserem Vertreter eröffnet, daß der Antrag durch Vergleich erledigt sei.

Gegen ein beantragtes Verfahren erhoben wir aus formellen Gründen Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe und richteten weiter die Anfrage an dieses Ministerium, wie es sich zu der Frage der Arbeitslosigkeit stellt. Die Antwort war die gleiche, wie die des Demobilisierungskommissars. Am 3. Dezember revidierte sich aber das Ministerium für Handel und Gewerbe, indem es uns Mitteilung machte, daß die betreffende Streitfrage zu weiteren Ermittlungen Anlaß gegeben hat. Von den hinausgeworfenen Angestellten hatte eine Angestellte auf Grund des § 12 der Verordnung vom 12. 2. 1920 Beschwerde beim Schlichtungsausschuß erhoben, und dieser hat sich nach genauer Prüfung genötigt gesehen, einen einstimmigen Schiedsspruch zu fällen, der die Firma zur Wiedereinstellung und Nachzahlung des Gehalts vom 1. 8. 1920 verpflichtete. In seiner Begründung kam der Schiedsspruch mit Recht, daß sich im Monat des Beamtens des Demobilisierungskommissars bei Abschluß des fraglichen Vergleichs gegen die Verordnung vom 12. 2. 1920 verstoßen wurde. Der Sachverständige erklärte, eine Streichung der Arbeitszeit kann der Firma nicht zugemutet werden, und am gleichen Abend wurden von mehreren Angestellten 5 bis 6 Heberstunden gemacht. Diese Heberstundenarbeit ist auch bis heute bei der Firma nicht eingestrichen worden, was der Vertreter der Firma vor dem Schlichtungsausschuß ausdrücklich zugeben mußte.

Nun darf angenommen werden, daß der Herr Demobilisierungskommissar den jetzt ergangenen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, damit das damalige Unrecht gegenüber den Entlassenen wieder gutgemacht wird. — Oder sollten wir uns irren, Herr Demobilisierungskommissar?

Küstung, Bauarbeiter aller Berufe! Heute, 7 Uhr, im Gesellschaftshaus, Rosenhofer Str. 36 (am Hagedorn Markt): Versammlung aller S.P.D.-Angehöriger. Tagesordnung: Der Kultur der kommunistischen

nämlicher Gewerkschaftszentrale und unsere Stellungnahme dazu. — Distrikts- und Vertriebsbüros. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und Partei legitimieren.

Bezirksvorstand der S.P.D. Betriebsratssekretariat.

Ende des hiesigen Metallarbeiterstreiks? Nach einer Tl.-Mitteilung aus Leipzig hat eine Fraktion der Metallarbeiterverbände beschlossen, auf der Forderung der Wiedereinstellung sämtlicher streikenden Metallarbeiter nicht mehr zu bestehen. Daraufhin haben in den Betrieben, in denen gegenwärtig noch gestreikt wird, Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Wiederaufnahme der Arbeit in fast allen Betrieben in den nächsten Tagen zugesagt worden ist. Der Metallarbeiterverband selber will dafür Sorge tragen, daß in den Betrieben die Arbeit rasch wieder aufgenommen wird.

## Aus der Partei.

### Kriegsteilnehmer als Zeugen heraus!

Gegen unser Parteiblatt in Frankfurt a. O. hat der „Deutsche Offiziersbund“ Strafantrag gestellt, weil in der Revolutions-erinnerungsnummer des Blattes das Schlemmen und Saufen der Offiziersgesellschaft in der Etappe treffend charakterisiert war. Der angeklagte Redakteur, Genosse Kurt Lehmann, beschuldigt, einen umfangreichen Wahrscheinlichkeitsbeweis anzutreten, um damit gleichzeitig der Öffentlichkeit kund zu tun, durch welche Leute die Front „von hinten erdolcht“ worden ist. Alle Kriegsteilnehmer, die über Zusicherungen und Schlemmereien der Offiziere während des Krieges etwas Positives aus eigener Anschauung zu berichten wissen, werden deshalb gebeten, ihre Adresse nebst Angabe der Dinge, die sie beklunden können, einzureichen bei dem Verteiliger des angeklagten, Rechtsanwalt Kallensfeld, Frankfurt a. O., oder bei der Redaktion des „Volkscorrespondenz“, Frankfurt a. O., Nichtstr. 23.

Der Bezirksparteiitag für die obere Rheinprovinz tagte am Sonntag im Kölner Volkshaus. Nach einem Referat des Genossen Jörgel, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, über die Preußenwahlen und nach einer sehr ausgedehnten und sachlichen Debatte wurden folgende Kandidatenlisten aufgestellt: Für Koblenz-Trier: Schäfer, Kleinmeyer, Weisen, Gruber, Frau Hausmann, Frau Poelen, Frau Mumm, Schanz ufm. Für Aachen-Böln: Hoas, Frau Köhl, Erkes, Frau Schiffsens, Reyer, Reimboch, Schmidt, Benz, Fleischer, Scholl und Amkreuz.

## Soziales.

### Zur Auflösung der Abwicklungsämter.

Die wenig mitunter seitens der Staatsbehörden der wirtschaftlichen Notlage ihrer Beamten Rechnung getragen wird, zeigt ein Fall, der demnächst die Zivilgerichte beschäftigen wird. Dadurch, daß in der Selbsternote der französischen Regierung die Auflösung der Abwicklungsstellen verlangt wurde und diese, auf Drängen der Entente, sogar schon zum 31. Dezember 1920 erfolgen mußte, ist eine große Not hervorgerufen worden, da die Beamten einfach auf die Straße gesetzt worden sind. Nachschütten ist die Lage der auf Privatdienstvertrag angestellten Beamten, welche sich im Vertrauen auf die staatlichen Versicherungen hatten einstellen lassen und für die nun überhaupt nichts getan wird. Dies hat zur Folge gehabt, daß die beamteten Angestellten und Lohnempfänger der Kommandantur sich zusammengeschlossen haben, um gegen die ungerichtete Vertüfung ihrer Ansprüche durch die Kommandantur vertretende Intendantur des Bezirks III in Berlin Front zu machen. Obwohl den Entlassenen durch besondere Verordnung ein Monatsgehalt als Hebergangschlüssel gezahlt werden soll, wird die Auszahlung verweigert. Ebenso wird die Herausgabe der Papiere verweigert, so daß die Betroffenen nicht einmal den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung geltend machen können. Der von den Entlassenen mit der Vertretung ihrer Interessen betraute Rechtsanwalt Dr. S. Kron hat gegen den Nichterfüllung des Anspruchs in deren Begründung u. a. darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlich schlechter gestellten niederen Beamten und Lohnempfänger benachteiligt wurden, während höhere Beamte sogar Parteigelder in Form des bisherigen Dienstvertrages einschließlich Feuerungszulagen jahrelang erhalten.

Beimn für den reibh. Teil: Dr. Werner Seiler, Charlottenburg. Dr. Krone: Dr. Grotz, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Druckstr. 3. Hierin 1 Blatt.



# TRADITION

Die neue **PROBLEM** Zigarette!

# Inventur-Ausverkauf

Unsere fabelhaft billigen Preise erregen allgemeines Aufsehen. Unsere Umsätze vergrößern sich mit jedem Tage, weil jeder Verkauf uns neue Kunden bringt. Diese Tatsache beweist am deutlichsten, welche Wirkung unsere beispiellosen Angebote auf alle sparsamen Verbraucher ausüben

Man besichtige unsere vielseitigen Schaufenster-Auslagen, sie sagen alles!

Winter-Artikel  
und Damen-Langschuhe  
Extra billig

# Stiller

Rest-Bestände  
und Gelegenheitsposten  
Extra billig